



# TTIP-READER

Eine Sammlung von Texten  
und Positionen

# Impressum

**Herausgeber:**

Forum Umwelt und Entwicklung  
Marienstraße 19–20  
D-10117 Berlin  
Tel.: ++49 (0) 30 678 1775 93  
Fax: ++49 (0) 30 678 17 75 80  
Email: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

**Verantwortlich:**

Jürgen Maier

**Redaktion:**

Nelly Grotefendt und Alessa Hartmann

**Layout:**

Monika Brinkmüller

**Titelfotos:**

Thorben Wengert/ Pixelio.de; Jakob Huber/  
Campact; Rudolf Ortner/ Pixelio.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Berlin, März 2014

# **TTIP-READER**

**Eine Sammlung von Texten  
und Positionen**

# Inhalt

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Vorwort</b> – von Jürgen Maier .....   | <b>3</b>  |
| <b>ARTIKEL</b> .....  | <b>5</b>  |
| <b>Vom Bi- zum Multilateralismus: Welche Auswirkungen hat TTIP auf den globalen Süden?</b> – von Sven Hilbig.....   | 5         |
| <b>CETA: Europe’s transatlantic practice run – What a nearly concluded deal with Canada tells us about the Transatlantic Trade and Investment Partnership</b> – by Stuart Trew..... | 7         |
| <b>Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz unter den Rädern von Freihandel und Investitionsschutz</b> – von Jürgen Knirsch.....   | 9         |
| <b>Handelspolitik für bäuerliche Anliegen – Agrarkonzerne wollen industriegerechte Standards durchsetzen</b> – von Berit Thomsen .....  | 12        |
| <b>Konzerne klagen gegen Staaten – Wirtschaftsinteressen vor Demokratie?</b> – von Alessa Hartmann .....  | 14        |
| <b>Infokasten Fast Track</b> – von Jürgen Maier .....   | 15        |
| <b>POSITIONSPAPIERE</b> .....   | <b>16</b> |
| <b>UnFairHandelbar: „TTIP“ NEIN DANKE! - TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS</b> .....   | 16        |
| <b>Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)</b> zu den geplanten Verhandlungen für ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP).....       | 18        |
| <b>Friends of the Earth Europe: TRADING AWAY OUR FUTURE?</b> .....  | 22        |
| <b>Greenpeace: Streitbeilegungsmechanismen in Freihandelsabkommen und bilateralen Investitionsabkommen</b> .....  | 23        |
| <b>Deutscher Kulturrat: Kulturelle Ausnahme ist bei geplantem Freihandelsabkommen zwischen EU und USA unverzichtbar</b> .....   | 25        |
| <b>Public Citizen: Comments Concerning the Proposed Trans-Atlantic Free Trade Agreement</b> .....   | 27        |
| <b>TACD: Resolution on the approach to food and nutrition related issues in the Transatlantic Trade and Investment Partnership</b> .....  | 30        |





## Vorwort

von Jürgen Maier

Handelspolitik ist normalerweise nichts, was die Menschen bewegt. Es ist ein Politikfeld, bei dem es zwar um viel geht, das aber auch nicht leicht zu verstehen ist. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft haben dennoch im Gefolge der Gründung der Welthandelsorganisation WTO immer wieder großes Interesse an Handelspolitik entwickelt – vor allem, wenn sie das Gefühl haben, dass Handelsverträge Folgen haben, die weit über den engeren Bereich der Handelspolitik hinausgehen. Die WTO war Ziel heftiger Proteste und unfreiwillige Auslöserin der globalisierungskritischen Bewegung. Sie führte der Öffentlichkeit vor Augen, welche weitreichenden Folgen ihre Verträge für Umwelt- und Sozialstandards haben können: Da klagten die USA plötzlich ihr vermeintliches Recht ein, Hormonfleisch und Gen-Lebensmittel in die EU einführen zu dürfen. Da stellten Abgeordnete plötzlich fest, dass sie Pläne für CO<sub>2</sub>-Steuern beerdigen können, weil sie damit nur die einheimischen Produzenten belasten können, aber keine ausgleichenden Abgaben für Importprodukte erheben dürfen. Kampagnen gegen ausbeuterische Produktionsbedingungen in der Textilindustrie konnten sich nur noch an kritische Verbraucher richten – die Politik hatte sich gegenüber der WTO verpflichtet, solche Produkte nicht zu »diskriminieren«.

Mehr oder weniger erzwungene Marktöffnungen in bisher dem Weltmarkt nicht ausgesetzten Bereichen, Privatisierung von öffentlicher Daseinsvorsorge, Deregulierung – diese Folgen der Globalisierung sind zwar nicht ausschließlich auf Handelsverträge zurückzuführen, aber natürlich hat die Freihandelspolitik der letzten 20 Jahre dazu massiv beigetragen. Mit der Finanzkrise im

Jahre 2008 ist die öffentliche Akzeptanz von Deregulierungspolitik weitgehend verschwunden. Auch wenn die WTO auf dem Weg zu einem immer weiter deregulierten Welthandel zur Jahrtausendwende steckenblieb, das öffentliche Misstrauen blieb. Geplante Abkommen wie das Investitionsschutzabkommen MAI oder das Urheberrechtsabkommen ACTA scheiterten in den letzten Jahren am Sturm öffentlicher Entrüstung. Das Bild war immer dasselbe: unter größtmöglicher Geheimhaltung werden solche Verhandlungen begonnen, keinerlei Verhandlungsdokumente sind zugänglich. Allmählich stellt sich heraus, die geplanten Abkommen haben weitreichende innenpolitische Folgen. Die Kritik an der Intransparenz des Verfahrens und der Geheimhaltung der Dokumente ist mindestens so stark wie die Kritik an den Inhalten und irgendwann wird den Regierungen klar: wir müssen die Notbremse ziehen.

Das geplante Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) scheint auf dem besten Weg, dasselbe Schicksal zu erleiden. Erneut wird unter dem Siegel der Verschwiegenheit verhandelt, aber eine ganze Reihe von Dokumenten sind schon durchgesickert. Sie sind nicht geeignet, Vertrauen zu schaffen – im Gegenteil: sie bestätigen eher die Kritiker. Wem nützt ein solches Abkommen? Bisher ist nicht erkennbar geworden, worin die Vorteile für Umwelt, für die Verbraucher, für die Arbeitnehmer, für die Bauern auf beiden Seiten des Atlantiks liegen sollen.

Dies liegt vor allem daran, dass TTIP weit über das hinausgeht, was Handelsabkommen üblicherweise regeln. Zollsenkungen sind nämlich

nur ein vergleichsweise nebensächlicher Aspekt des geplanten Abkommens. Darüber würde sich vermutlich kaum jemand wirklich aufregen. Geplant ist aber eine umfassende »regulatorische Harmonisierung« zwischen den USA und der EU. Was das bedeutet, ist nicht eindeutig klar – nach den Vorstellungen des EU-Handelskommissars Karel de Gucht soll ein »Regulatory Cooperation Council« geschaffen werden, der die Details regelt. Man würde also die Katze im Sack kaufen – das Abkommen wird ratifiziert und die Details entscheidet später ein ungewähltes Expertengremium. Wie das aussehen kann, zeigt der Regulatory Cooperation Council USA-Kanada. Dort wird an der gegenseitigen Anerkennung der Standards gearbeitet<sup>1</sup> – d.h. was in den USA zugelassen wird, wird auch in Kanada bzw. Europa anerkannt.

Hinzu kommt die vorgesehene Investor-Staats-Schiedsgerichtsbarkeit. Ursprünglich stammen solche extraterritorialen Schiedsgerichte, bei denen ein Unternehmen einen Staat vor einem internationalen Schiedsgericht auf Schadensersatz verklagen kann, aus Abkommen mit Entwicklungsländern mit unterentwickeltem Rechtssystem, durch die ein Investor sich vor willkürlichen Gerichtsurteilen schützen wollte. Im Falle entwickelter demokratischer Rechtsstaaten wie den USA und Europa ist das aber eine Aushebelung des uns bekannten Rechtssystems und öffnet der Umgehung demokratisch beschlossener Politik Tür und Tor. Die von Vattenfall vor einem vergleichbaren Schiedsgericht im Rahmen der Europäischen Energiecharta eingereichte Schadensersatzklage gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs zeigt, was uns dann bevorstehen dürfte.

Für die Handelspolitik im Allgemeinen und TTIP im Besonderen gibt es drei Problembereiche, die für die öffentliche Kontroverse verantwortlich sind:

- Die Geheimhaltung der Verhandlungsdokumente und die Intransparenz des gesamten Prozesses – in keinem anderen Politikfeld wird so etwas praktiziert und in keinem anderen Politikfeld hat es derart weitreichende Konsequenzen. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch Parlamente werden entmündigt, während Industrielobbys ihre Interessen einbringen können. In einer demokratischen Gesellschaft hat so etwas keinen Platz.
- Regulatorische Harmonisierung bedeutet Deregulierung, und im Gegensatz zur Wirtschaftslobby glaubt der überwiegende Teil

der Öffentlichkeit nicht mehr an Deregulierung. Die vielbeschworene Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft wird nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Regulierung erreicht werden können. Abkommen, die dies erschweren und Deregulierung völkerrechtlich verankern, sind daher zu Recht in einem offenen demokratischen Prozess nicht mehrheitsfähig.

- Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit ist ein Fremdkörper in einem demokratischen Rechtsstaat und bedeutet eine Aushebelung der verfassungsmäßigen Rechtsordnung.

Alle diese drei Punkte haben eigentlich überhaupt nichts mit Handelspolitik zu tun. Man kann sich selbstverständlich eine Handelspolitik vorstellen, die offen und demokratisch verhandelt und beschlossen wird, so wie andere Politikbereiche auch. Man kann sich auch ohne weiteres eine Handelspolitik vorstellen, die unterschiedliche Regulierungs-Standards akzeptiert – es war auch bisher kein Handelshemmnis, dass es in jedem Land unterschiedliche Regeln gibt. Deutschland, China und andere exportieren in alle Welt, obwohl es unterschiedliche Regulierungsstandards gibt. Und man kann sich auch eine Handelspolitik vorstellen, die sich auf die normale Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit verlässt und keine Extragerichte für Investoren braucht.

Diese drei Punkte sind der Kern der zivilgesellschaftlichen Kritik an TTIP und an vielen anderen Freihandelsabkommen, vor allem auch an dem geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA). Man kann der Kommission und den Regierungen Europas eigentlich nur empfehlen, Handelspolitik wieder auf ihren eigentlichen Kern zurückzuführen und zu demokratisieren.

Die vorliegende Textsammlung beleuchtet diese Aspekte aus der Sicht verschiedener Organisationen im Einzelnen. Handelskommissar de Gucht hat angesichts der rasch wachsenden Kritik am geplanten TTIP erklärt, verstärkt den Dialog mit der europäischen Öffentlichkeit zu suchen. Diese Publikation ist ein Beitrag dazu.

*Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.*

<sup>1</sup> [http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/pco\\_bnet-30471-v38-rcc-progress\\_report\\_-\\_dec\\_2012\\_final.pdf](http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/docs/pco_bnet-30471-v38-rcc-progress_report_-_dec_2012_final.pdf)

Fotos: Rainer Sturm/ Pixelio.de; Lichtkunst.73/ Pixelio.de; Jakob Huber/ Compact



## Vom Bi- zum Multilateralismus: Welche Auswirkungen hat TTIP auf den globalen Süden?

von Sven Hilbig

Handelspolitik war bereits in den 1960er Jahren ein wichtiges Thema in der entwicklungspolitischen Debatte, und seit der Gründung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development), im Jahre 1964, eine der zentralen Streitfragen auf den Nord-Süd-Konferenzen. Handelspolitische Themen führten in den 1980er Jahren ein gewisses Schattendasein in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Schuldenkrisen Lateinamerikas und weiterer Entwicklungs- und Schwellenländer und die daran anknüpfende Kritik an den von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds verordneten Strukturanpassungsmaßnahmen bestimmten vielerorts die Debatten. Dann war es wiederum die Gründung einer multilateralen Institution, die das Thema wieder oben auf die politische Agenda setzte: Am 1. Januar 1995 gründete sich die Welthandelsorganisation WTO. An der WTO und ihrer Freihandelsagenda entzündete sich vehemente Kritik, nicht nur von entwicklungspolitischen Organisationen, auch Umweltverbänden und Gewerkschaften aus Nord und Süd beteiligten sich an den Protesten in Seattle (1999) und Cancún (2003). Die neoliberal ausgerichtete WTO wurde zum Geburtshelfer der Globalisierungskritischen Bewegung.

Kritisiert wurde nicht nur die dogmatisch vortragene Freihandelsideologie, sondern vor

allem das umfangreiche Mandat und die umfassenden Kompetenzen mit denen die WTO ausgestattet wurde, sowie die unterlassene Einbindung der Welthandelsorganisation in die Vereinten Nationen. Damit wurde die Unausgewogenheit zwischen dem internationalen Handelsrecht, einerseits, und anderen völkerrechtlichen Regelungen und Verpflichtungen, wie den Menschenrechten und dem internationalen Umweltrecht andererseits, weiter verschärft und zementiert. Denn im Unterschied zum vorherigen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT (General Agreement on Trade and Trade) umfasst das Regelwerk der WTO nicht nur den Handel mit Waren, sondern auch den Handel mit Dienstleistungen, (General Agreement on Trade in Services - GATS) und den Bereich der geistigen Eigentumsrechte (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights - TRIPS), und ist darüber hinaus mit größerer rechtlicher Verbindlichkeit und wirksamen Verfahren zur Überwachung, Streitschlichtung und Durchsetzung von Sanktionen ausgestattet.

Trotz dieses Machtanspruchs ist es um die WTO in den vergangenen Jahren still geworden. Ursache hierfür waren die 2005 ins Stocken geratenen Verhandlungen um den Abschluss der im Jahre 2001 in Doha angestoßenen Entwicklungsrunde. Übersehen wurde dabei: Der Machtbereich der WTO dehnte sich durch den

Beitritt neuer Mitglieder (darunter u. a. China und Russland) stets weiter aus.

Die EU und USA versuchten unterdessen ihre bereits beim WTO-Ministertreffen in Singapur 1995 auf den Verhandlungstisch gebrachten Anliegen mittels bilateraler Abkommen durchzusetzen. Dabei ging es darum jene Bereiche zu liberalisieren und deregulieren, wo die europäischen Unternehmen eindeutige Wettbewerbsvorteile gegenüber den Staaten des globalen Südens genossen, namentlich bei Investitionen, Dienstleistungen, geistigem Eigentum und dem öffentlichen Beschaffungswesen. Diese strategische Ausrichtung wurde in jüngster Zeit noch in zweierlei Hinsicht erweitert: Zum einen schlossen sich die Staaten, die gleiche ökonomische Interessen verfolgten, zusammen, um so genannte plurilaterale Abkommen zu vereinbaren, wie zum Beispiel das den Dienstleistungsbereich regelnde Trade in Services Agreement (TiSA). Zum anderen verhandelte die EU zunehmend auch Verträge mit führenden Industrienationen. So wird derzeit ein Freihandelsabkommen mit Kanada und seit Juni 2013 auch das transatlantische Abkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) mit den USA verhandelt.

Aus entwicklungspolitischer Perspektive sind die Verhandlungen zwischen Brüssel und Washington deshalb von großer Bedeutung, da die hinter TTIP stehende langfristige strategische Zielsetzung sich nicht auf den transatlantischen Wirtschaftsraum beschränkt. Kein geringerer als der EU-Handelskommissar Karl de Gucht hat die eigentliche Zielsetzung von TTIP auf den Punkt gebracht: „Der große Kampf im Welthandel der Zukunft wird sich um Normen, Standards, Staatshilfen drehen, nicht mehr um Zölle. Wir Europäer müssen globale die Standards setzen, damit es nicht andere für uns tun.“ (SZ 17.01.14)

Mit anderen Worten: Die Errichtung einer transatlantischen Freihandelszone zielt auf die Schaffung eines neuen handelspolitischen globalen Paradigmas ab, um sich dadurch einen Vorsprung beim weltweiten Wettlauf um Wettbewerbsvorteile und Marktanteile zu verschaffen. Damit will die EU wieder Boden gegenüber China, Brasilien, Indien und den anderen aufstrebenden Schwellenländern gut machen. Es ist zu befürchten, dass weniger wettbewerbsfähige Staaten, allen voran die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LLDC) dabei ins Hintertreffen geraten.

Ein Blick auf den Dienstleistungsbereich zeigt, dass ein solches Unterfangen grundsätzlich erfolgsversprechend sein kann. So könnten EU und USA eine Einigung im Dienstleistungssektor im Rahmen des bilateralen TTIP nutzen, um dann diese harmonisierten Liberalisierungs- und Deregulierungsregelungen zunächst im Rahmen des plurilateralen Dienstleistungsabkommen Trade in Services Agreement (TiSA – wo die EU und USA neben ca. weiteren 50 Staaten vertreten sind) durchzusetzen. Anschließend wäre es ihnen möglich Nicht-TiSA-Mitgliedstaaten dazu zu drängen diesem plurilateralen Dienstleistungsabkommen beizutreten, in dem sie die Gewährung von Handelspräferenzen und andere Vergünstigungen vom Beitritt abhängig machen. Die Folge: Eine sukzessive Vergrößerung ihres Einflussbereichs im Dienstleistungssektor auf globaler Ebene. Diese sukzessive Vergrößerung ihres Einflussbereichs – vom Bilateralismus über den Plurilateralismus zum Multilateralismus – ist auch in anderen Bereichen denkbar und möglich.

TTIP hat die Handelspolitik wieder auf die politische Agenda gehoben. Zivilgesellschaftliche Akteure aller entwicklungspolitischen Organisationen dürfen bei ihrer Beschäftigung mit den Verhandlungen über das transatlantische Abkommen jedoch nicht den nach wie vor mächtigsten handelspolitischen Akteur aus den Augen verlieren: die WTO. Dies gilt insbesondere nach dem WTO-Ministertreffen Anfang Dezember 2013 im indonesischen Bali, das, trotz der im Vorfeld und während der Tagung zur Schau getragenen Skepsis, erfolgreich zu Ende geführt wurde. Auch wenn sich die in Bali getroffenen Beschlüsse nur auf einige Teilbereiche beziehen, so ist die WTO wieder zurück als ein – auf globaler Ebene – Regeln setzender Akteur. Und als ein Forum, in dem führenden Industrienationen, Schwellen- und Entwicklungsländer die internationale Wirtschaftsordnung aushandeln.

Die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung um Handels- und Entwicklungsfragen muss, wie schon in der Vergangenheit, auf mehreren Ebenen erfolgen: bilateral, plurilateral und multilateral. Das heißt, wir dürfen unsere Augen nicht nur auf Brüssel und Washington ausrichten, sondern müssen auch Genf (den Sitz der WTO) im Blick behalten.

*Sven Hilbig ist Referent für Welthandel und Internationale Umweltpolitik bei Brot für die Welt.*





## CETA: Europe's transatlantic practice run

by Stuart Trew

### What a nearly concluded deal with Canada tells us about the Transatlantic Trade and Investment Partnership

By studying what we know about the CETA, European fair trade activists might guess where the EU and U.S. negotiators will settle in areas such as investment protection, regulatory cooperation, public and financial services, food and consumer product standards, and other areas of high concern. By challenging both agreements at the same time, transatlantic civil society networks can strengthen their shared case against the austerity, deregulation and privatization inherent to corporate globalization.

#### A conditional right-to-regulate

Despite advice against it from the European Parliament and an official sustainability impact assessment for the Commission, the EU and Canada have included an investment chapter and investor-to-state dispute settlement process in the CETA. Multinational corporations often use the threat of investment arbitration to try to weaken or block public policies they find too burdensome.

Even though the CETA investment chapter will create a more transparent dispute process than in most member state investment treaties, with room for non-parties to submit arguments supporting either the government or investor in each case, it does not constrain the power of the paid arbitrators in each case to make final judgements about the legitimacy of public policy. An open-ended definition of "fair and equitable treatment" in the CETA will guarantee that corporations turn to arbitration to claim rights that do not exist in national or EU law. For example, a U.S. company is suing Canada for CDN \$250-million for a partial moratorium on shale gas extraction under the St. Lawrence River because this allegedly violates the firm's "valuable right to mine for oil and gas."

There is no evidence these investment protections encourage new investment, or that European and Canadian courts could not handle any and all disputes between an investor and government. Agreeing to an investor-to-state



Foto: Flown/ Pixelio.de

dispute process in the CETA would undermine arguments against its inclusion in the TTIP.

### **Regulatory cooperation and safety standards**

The CETA will include for the first time in any Canadian free trade agreement a chapter on regulatory cooperation – the first in any Canadian free trade agreement and one of the main priorities for the EU and U.S. in the TTIP. According to a technical briefing of the Canada-EU agreement, the chapter will create a formal mechanism (e.g. a Regulatory Cooperation Council) to facilitate joint initiatives and “to reduce differences in approach in order to achieve more compatible measures and fewer trade barriers.” These differences can be pronounced between the EU, with its more precautionary approach to new regulations, and the risk management model of the NAFTA countries. Perhaps the most obvious example is the prevalence of genetically modified agricultural products in North America, with the U.S. about to approve the production of a Canadian-invented GM salmon.

While the EU, like the United States, is powerful enough to resist Canadian government pressure in areas such as agricultural or toxic chemical standards, the deep integration of these sectors in North America will assure a united industry voice against stronger European regulations. Both the CETA and the TTIP will give North American governments and industry a more

important role in the development of EU food, health and consumer product safety standards. In the Canada-U.S. context, regulatory cooperation has meant regulatory convergence and “light touch” (or voluntary) enforcement, with sometimes deadly consequences in food and transportation safety. In the CETA, it will also normalize cases like the Fuel Quality Directive, where the Canadian government and oil industry use every possible means to stall new European climate measures.

### **Public services and investment**

The CETA negotiations set a dangerous precedent with respect to public services by forcing member states to exhaustively list any service sectors, or policies affecting investment, they do not want to be covered by the joint services and investment chapter. This “negative list” approach to making services and investment commitments creates more pressure to liberalize than the “positive list” the EU typically uses in its bilateral trade agreements, in which only listed sectors are affected. Governments can miss services they should have excluded and new services will be automatically covered by the CETA and the TTIP. And even where a sector has been excluded, for example drinking water and sanitation services, a decision to remunicipalize a privatized service will be vulnerable to investor-to-state disputes involving claims of expropriation and fair and equitable treatment violations.

### **Similar economies, similar treaties**

Canadian and U.S. export interests have always been similar, especially in agriculture. The NAFTA resulted in a deep integration of many industrial sectors, a common understanding on how to regulate those sectors, and a nearly identical approach to negotiating bilateral trade and investment treaties. We should expect that in trying to bridge that approach with the European trade model, the CETA and the TTIP will arrive at very similar solutions. Fair trade activists can find many leaked CETA documents at <http://tradejustice.ca> and a Government of Canada technical briefing on the “agreement in principle” at <http://www.actionplan.gc.ca/en/page/ceta-aecg/technical-summary>.

*Stuart Trew is the trade campaigner with The Council of Canadians and one of several coordinators of the Trade Justice Network.*



## Verbraucher-, Umwelt- und Klimaschutz unter den Rädern von Freihandel und Investitionsschutz

von Jürgen Knirsch

Noch Mitte der 1970er bis Mitte 1980er Jahre galten die USA im internationalen Vergleich als umweltpolitisches Vorbild, da mit dem Namen des US-Präsidenten Carter auch die „Dringlichkeit internationaler Anstrengungen zum Schutz unserer gemeinsamen Umwelt“ verbunden werden konnte. Heute wird dagegen die Europäische Union als Vorreiter in Sachen Umwelt- und Verbraucherschutz gesehen. Dieses Bild dominiert auch die öffentliche Wahrnehmung der Auswirkungen des transatlantischen Partnerschaftsabkommens zu Handel und Investitionen (TTIP) auf Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutzstandards. TTIP nährt die Befürchtung, dass durch dieses Abkommen in vielen Fällen die inzwischen schwächeren US-Standards die strengeren Normen der EU aushöhlen werden. Im Sommer 2013 hegten noch einige die Hoffnung, dass durch TTIP die „guten“ europäischen Normen und grünen Klimatechnologien ihren Weg in die USA finden würden. Diese Ansicht teilen inzwischen nur noch wenige. Ende 2013 offenbarte sich nicht nur die Intransparenz der Verhandlungen und deren fehlende Einbindung in demokratische Strukturen. Vorstöße von Lobby-Verbänden der Wirtschaft wie auch geleakte Dokumente zeigen, dass TTIP ein Frontalangriff gegen die bei Konzernen unbeliebten Schutzstandards ist, und dass dieser Angriff auf beiden Seiten des Atlantiks Unterstützung findet.

### Die Attacke auf das Vorsorgeprinzip

Durch die TTIP Verhandlungen haben Chlorthähnchen, gentechnisch veränderte Orga-

nismen (GVOs), Wachstumshormone und Futterzusätze erhöhte mediale Aufmerksamkeit erfahren. Sie sind diesseits des Atlantiks verboten oder streng reguliert, gehören aber in den USA zur gängigen Praxis. Eine von Greenpeace in Auftrag gegebene Analyse der Interessen von rund 30 im Agrar- und Lebensmittelbereich tätigen US-Lobbyverbänden und Firmen zeigt, dass im Rahmen der TTIP-Verhandlungen europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz, die den Export von US-Waren beeinträchtigen, „geschliffen“ werden sollen<sup>1</sup>. Hierzu ein Beispiel unter vielen: So kritisiert die American Soybean Association (ASA), dass die EU-Maßnahmen zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von GVOs für den Rückgang der Soja-Exporte der USA verantwortlich seien. Diese Maßnahmen stünden nicht im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO), da sie nicht auf anerkannten Methoden der Risikoabschätzung beruhen würden. Stattdessen begründe die EU diese Maßnahmen mit einer falschen Anwendung des Vorsorgeprinzips. Die Soja-Lobbyorganisation ASA forderte die US-Regierung auf diese Missstände durch Angleichung der EU-Standards an die US-amerikanischen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen zu beseitigen<sup>2</sup>.

Zum generellen Angriff auf das Vorsorgeprinzip bläst auch das US-amerikanische „Council for Agricultural Science and Technology“ (CAST). CAST versteht sich als eine wissenschaftliche Nonprofit-Organisation, deren Gremien u.a.

durch Mitglieder der US-Agrarlobby und Mitarbeiter von Chemie-Unternehmen wie Monsanto, Syngenta und Pioneer Hi-Breed (DuPont) bestückt werden. In einer im Juni 2013 publizierten Studie „Impact of the Precautionary Principle on Feeding Current and Future Generations“<sup>3</sup> (also kurz vor der ersten Verhandlungsrunde), an der zwei Mitarbeiter des US-Landwirtschaftsministeriums mitwirkten, finden sich geschickt formulierte Unterstellungen. Etwa, dass durch die Anwendung des Vorsorgeprinzips moderne Agrartechnologien (GVOs, Pestizide, Lebensmittelbestrahlung) behindert würden, und deshalb das Vorsorgeprinzip für die Millionen von Menschen, die nicht ausreichend ernährt sind, mehr Schlechtes als Gutes bewirken würde. Dieses Spiel, die EU als verantwortlich für Hunger und Hungertote an den Pranger zu stellen, hatten amerikanische Verhandler schon einmal erfolgreich während der WTO-Ministerkonferenz 2005 in Hongkong gespielt. Damals ging es um die Nahrungsmittelhilfe, heute geht es jedoch um das in der EU-Verfassung und in vielen Umweltabkommen festgeschriebene Vorsorgeprinzip. Es besagt, auch dann Gefährdungen begrenzende Maßnahmen zu treffen, wenn sich das Ausmaß der Gefährdung nicht exakt quantifizieren lässt. Dieser auch in der Rio-Deklaration von 1992 aufgeführte Grundsatz ermöglicht eine vorsorgende Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik.

### **Big Business agiert auf beiden Seiten des Atlantiks gegen unliebsame Standards**

Eigentlich hätte die Europäische Kommission bis zum 13. Dezember 2013 wissenschaftliche Kriterien zur Identifizierung sogenannter endokrin wirksamer Eigenschaften von Pestiziden (endocrine disruptor chemicals – EDCs) und Bioziden vorlegen müssen. Wirkstoffe mit diesen Eigenschaften sollen zukünftig zum Schutz der Verbraucher und der Umwelt nicht mehr zur Anwendung kommen. Stattdessen beschloss die Kommission lediglich ein Verfahren zur Abschätzung sozio-ökonomischer Folgen. „Umwelt- und Verbraucherschützer sowie skandinavische Umweltminister warnen vor dieser industriefreundlichen Verzögerungstaktik“ berichtete das Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN)<sup>4</sup>. Ist die EU-Maßnahme bereits ein TTIP vorauseilender Gehorsam oder ist es lediglich ein weiterer zeitlicher Zufall? Denn passend zur zweiten TTIP Verhandlungsrunde schrieb CropLife America, der Verband der Pestizidhersteller, dem US-Handelsminister Froman am 13. November 2013 einen Brief<sup>5</sup>. Darin sieht CropLife America (CLA) TTIP durch die geplanten EU-Maßnahmen zur Kontrolle von

EDCs bedroht: „Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit darauf richten, dass der vorgesehene Pestizid-Vorschlag der EU verhindern würde, dass 40 Prozent der gegenwärtigen US-Agrarexporte auf den EU-Markt gelangen. Wir glauben, dass so eine Verordnung der EU, sofern sie beschlossen und umgesetzt wird, das TTIP gefährden kann.“ Mitglieder von CropLife America sind u.a. die beiden deutschen Unternehmen BASF Corporation und Bayer CropScience und es ist ein Schelm, der denkt, dass der Brief an Froman nicht deren Billigung gefunden hätte.

### **Teersande und Fracking: Dreckige Energie auf dem Verhandlungstisch**

Im Sommer 2013 kristallisierte sich heraus, dass auch Energie- und Klimafragen eine wesentliche Rolle in den TTIP-Verhandlungen spielen werden. So seien die Pläne der EU, importiertes Öl aus Teersanden an Nachhaltigkeitsstandards zu messen, aus Umweltsicht nicht zu rechtfertigen und könnten ein Handelshemmnis für die Ölausfuhr aus den USA darstellen. Diese Sicht des republikanischen Abgeordneten Brady, der seit 1997 Mitglied des US-Repräsentantenhauses ist, wird von USTR Froman geteilt. In seiner Antwort an Brady versicherte Froman, dass die USA Verbesserungen „in the EU's overall regulatory practices“ durch die TTIP-Verhandlungen erreichen wollen. Bereits vor einigen Monaten hatten US-Wirtschaftsverbände dem EU-Kommissar für Klimapolitik einen Brief geschickt, in dem sie androhten, die US-Regierung aufzufordern einen Handelsstreit bei der WTO gegen die EU zu starten, sollte der EU-Vorschlag angenommen werden<sup>6</sup>.

Fracking, das hydraulische Aufbrechen von in Gesteinsschichten gebundenen Gas- und Ölvorkommen mittels Wasser, Sand, Chemikalien und hohem Druck, hat die Energiesituation der USA deutlich verändert und das Land weniger abhängig von Energieimporten gemacht. Das aus dem Fracking gewonnene Flüssiggas könnte auch nach Europa exportiert werden und damit auch Europas Energieabhängigkeit von östlichen Quellen reduzieren. Bisher ist die Fracking-Technologie in Europa eher umstritten und der Flüssiggas-Export aus den USA durch Lizenzauflagen beschränkt. Diese Auflagen könnten aber durch TTIP zu Fall gebracht werden. An Fracking und dem daraus gewonnenen Flüssiggas gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks Interesse. Peter Chase, der Stellvertretende Europa-Präsident der US-Handelskammer in Brüssel, fasst diese gemeinsame transatlantische Interessenlage

und deren Fürsprecher treffend zusammen: „Weil US-amerikanische und europäische Unternehmen, einschließlich der Energiefirmen, auf beiden Seiten des Atlantik massiv investiert haben, vertreten die Verhandler der USA und der EU im wesentlichen dieselben Konzerninteressen“<sup>7</sup>.

Damit ist die Liste der Bedrohungen leider bei weitem noch nicht abgeschlossen. Existierende wie geplante EU-Umweltgesetzgebung wie etwa die Weiterentwicklung der REACH-Verordnung zur Chemikalienregulation oder die aus dem Grünbuch der EU zu Plastik langfristig folgenden Beschränkungen für Kunststoffe haben bereits oder werden Bedenken hervorrufen, sie seien Handelshemmnisse. Das öffentliche Beschaffungswesen wie auch eine Wasser- und Energiewirtschaft in öffentlicher Hand sind weitere Bereiche, die von einer Deregulierung durch TTIP bedroht sind. Und die im TTIP-Mandat der EU vorgesehene Option, den Investitionsschutz für Konzerne zu stärken und eine private Schiedsgerichtsbefugnis für Investitionsstreitfälle einzuführen, gibt den Konzernen über die Klagemöglichkeit gegen Staaten eine weitere Möglichkeit, Schutzstandards anzugreifen.

### **Führt ein transatlantischer Regulierungsrat zu regulatorischer Kooperation?**

Die Reaktion der EU-Kommission auf den am 16. Dezember 2013 geleakten Vorschlag<sup>8</sup> der Kommission zu einer „regulatorischen Kooperation“ kam postwendend und zeigt, wie gereizt die Kommission inzwischen auf die Veröffentlichung von geheimen Verhandlungspapieren reagiert. Nach dem Motto „Diffamierung ist die beste Verteidigung“ wurde die für das Durchsickern verantwortliche NGO Corporate Europe Observatory (CEO) erst einmal als „Anti-trade and anti-business lobby group“ charakterisiert, um dann CEO die Widersprüche im Kommissions-Papier zur Last zu legen<sup>9</sup>. In der Tat führt das nun bekannt gewordene Papier das Recht der beiden Verhandlungspartner auf, ihre eigenen Standards zu setzen. Aber das Dokument plädiert auch für die Einführung eines transatlantischen Regulierungsrates, der über den Parlamenten auf beiden Seiten des Atlantiks stehend relevante (Vor-)Entscheidungen treffen soll<sup>10</sup>. Und dieser Vorschlag erinnert verdächtig an ähnlichen Initiativen der Wirtschaftslobbyisten von BusinessEurope und American Chamber of Commerce aus dem Jahre 2012<sup>11</sup>.

Die TTIP-Verhandlungen bieten denjenigen, die auf beiden Seiten des Atlantiks notwendige wie sinnvolle Umwelt- und Verbraucherschutzstan-

dards begrenzen oder abschaffen wollen, einen geeigneten Rahmen. Sie sichern ihnen den Applaus derer, die diese Standards auf dem Altar eines vermeintlichen Wirtschaftswachstums und zusätzlicher Arbeitsplätze durch zusätzliche Exporte opfern wollen. TTIP ist eine Deregulierungsagenda der Konzerne, denen mit der Option von Investor-Staat-Klagen noch ein weiteres Instrument zur Abschwächung von Standards an die Hand gegeben wird. Wer einen starken Umwelt-, Verbraucher- und Klimaschutz in der EU wie in den USA will, dem bleibt nur eine Option: TTIP verhindern.

*Jürgen Knirsch beschäftigt sich seit drei Jahrzehnten mit Handels-, Umwelt und Entwicklungsfragen und arbeitet seit 1999 bei Greenpeace.*

- 1 Vgl. [http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/wirtschaft\\_und\\_umwelt/131113\\_FS\\_TTIP\\_01.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/wirtschaft_und_umwelt/131113_FS_TTIP_01.pdf)
- 2 American Soybean Association: Response to USTR request for comments on TTIP (2013-05-10) <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=09000064812cb0c1&disposition=attachment&contentType=pdf> <http://www.regulations.gov/contentStreamer?objectId=09000064812d83b5&disposition=attachment&contentType=pdf>
- 3 [http://www.cast-science.org/news/?new\\_cast\\_publication\\_examines\\_the\\_impact\\_of\\_the\\_precautionary\\_principle&show=news&newsID=16890](http://www.cast-science.org/news/?new_cast_publication_examines_the_impact_of_the_precautionary_principle&show=news&newsID=16890)
- 4 [http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB15\\_ED-Biozide\\_131218.pdf](http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB15_ED-Biozide_131218.pdf)  
Vergleiche auch: [http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB5\\_endokrine-AG-EU\\_130424.pdf](http://www.pan-germany.org/download/pestizid-brief/PB5_endokrine-AG-EU_130424.pdf)
- 5 Dieser Brief ist unter <http://www.croplifeamerica.org/sites/default/files/CropLife%20America%20Agriculture%20Trade%20Impact%20on%20TTIP%201%2013%2013.pdf> zu finden. Siehe auch <http://www.croplifeamerica.org/news/cla/US-Agricultural-Exports-Threatened-EU-Pesticide-Regulation>
- 6 Siehe [http://www.huffingtonpost.com/2013/09/24/michael-froman\\_n\\_3984115.html](http://www.huffingtonpost.com/2013/09/24/michael-froman_n_3984115.html). Vergleiche auch [http://www.huffingtonpost.com/carl-pope/beyond-incoherent\\_b\\_4494077.html](http://www.huffingtonpost.com/carl-pope/beyond-incoherent_b_4494077.html)
- 7 Siehe <http://www.euractiv.com/trade/eu-us-trade-talks-usher-cheaper-news-532380>
- 8 Der geleakte Vorschlag der Kommission findet sich unter: <http://corporateeurope.org/sites/default/files/ttip-regulatory-coherence-2-12-2013.pdf>
- 9 Statement by EU Trade Spokesman John Clancy: Anti-Trade lobby group CEO scores own goal on latest TTIP 'revelation'. Brussels, 16 December 2013. Zu finden unter: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1001>
- 10 Vergleiche die CEO-Analyse des Vorschlages: <http://corporateeurope.org/publications/regulation-none-our-business>
- 11 Siehe <http://www.nytimes.com/2013/10/09/business/international/european-officials-consulted-business-leaders-on-trade-pact-with-us.html>



Foto: Berggeist007/ Pixelio.de

## Handelspolitik für bäuerliche Anliegen

**Agrarkonzerne wollen industriegerechte  
Standards durchsetzen**

von Berit Thomsen

Bei der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) geht es, entgegen dem Namen, im Kern gar nicht um einen verbesserten Handel<sup>1</sup>. Aber mit diesem Abkommen versucht die Agrarindustrie, wie andere Wirtschaftsbereiche auch, sowohl in den USA als auch in der EU ausschließlich ihre Interessen durchzusetzen. Sie will mehr industrielle Standards. Das würde die bäuerliche Qualitätserzeugung schwächen. Dadurch würden nicht nur Bäuerinnen und Bauern benachteiligt, sondern auch die Verbraucher würden negativ betroffen, ebenso wie die Umwelt und eine multifunktionale ländliche Entwicklung. Auch im Pestizidbereich, in der Chemiewirtschaft, der Energiepolitik, beim Fracking oder bei einem Investoren-gegen-Staaten Schiedsgericht drohen unsere Standards aufgeweicht zu werden.

### **Mehr Macht für die Industrie...**

Die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stützen diese Entwicklung noch. So erhalten besonders Konzerne unter dem Zeichen von Investitionsschutzabkommen mehr Macht gegenüber zahlreichen Wirtschaftspartnern wie Bürgern, Bürgerinnen, Bäuerinnen, Bauern und Zivilgesellschaft. Außerdem entwickeln sich Erkenntnisse wie etwa

im Bereich der Technologien weiter. „Vor zwanzig oder dreißig Jahren brauchten wir noch keine Rechtsbereiche wie den Schutz einer gentechnikfreien Lebensmittelerzeugung, da es den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in der Form noch gar nicht gab“, sagt Bernd Voß, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). „Durch solch ein geplantes Freihandelsabkommen, aber auch durch das geplante Abkommen zwischen der EU und Kanada, wird es in Zukunft schwierig sein, auf solche Entwicklungen in Europa oder den Mitgliedsstaaten ohne die Mitsprache der transatlantischen ‚Vertragsländer‘ reagieren zu können. Eigene Regeln und Gesetze können dann ohne diese Vertragsländer nicht mehr gesetzt werden. Wirtschaftsunternehmen werden sich auf den völkerrechtlichen Vertrag berufen und klagen. Die Souveränität der Parlamente wird ausgehebelt. Diese Freihandelsverträge werden durch Investitionsschutz, eigene Schiedsgerichtsbarkeit und Stillhalteabkommen zu einem Staatsstreich in kleinen Schritten.“

Aus all diesen Gründen würde es nicht reichen, lediglich die landwirtschaftlichen Bereiche aus den Verhandlungen auszuklammern, sondern TTIP muss gestoppt werden.

## ... und ihre Interessen

Wie für andere Wirtschaftsbereiche auch, steht für die Landwirtschaft und den Lebensmittelsektor einiges auf dem Spiel. In der Logik der Verhandlungen um ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA sollen Regeln und Qualitätsstandards angeglichen werden. Dies könnte zum Beispiel die Behandlung von Nutztieren mit Wachstumshormonen betreffen. Diese werden in den USA als gängige Masthilfe eingesetzt, zum Beispiel bei Rindern. Auch das Inverkehrbringen von Lebensmitteln aus geklonten Tieren, das in den USA bereits weit verbreitet ist, könnte in der EU Einzug halten. Des Weiteren könnte in der EU die umstrittene Vergabe von Patenten auf Lebewesen stark ausgedehnt werden. Bei Gentechnik wird es im Interesse der Konzerne sein, den Zulassungsprozess für Gentechnikpflanzen für den Import oder den Anbau in der EU zu beschleunigen. Hierzu könnte die Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Lebensmittel aufgehoben werden. Auch bei Saatgut werden die USA versuchen, die geltende und bewährte Nulltoleranz bei gentechnischen Verunreinigungen aufzuweichen und Schwellenwerte einzufordern. Sie werden weiterhin darauf drängen, die Kennzeichnungsregelungen für Gentechnikpflanzen in Europa auszuhebeln.

## Regionale und bäuerliche Kreisläufe

Die Verhandlungen einer gemeinsamen Freihandelszone zwischen EU und USA wird die Agrarindustrie zu nutzen versuchen, um ihre Interessen voranzutreiben. Diese bestehen besonders in der voranschreitenden Industrialisierung der Landwirtschaft und den daraus resultierenden Geschäften. Dazu gehören intensive, hochtechnologisierte Anbauverfahren, die den Pestizid- und Düngemittelabsatz ankurbeln, ebenso wie die immer umfangreichere Produktion und Verarbeitung von Fleisch und Milch in Agrarfabriken zur immer größeren Erzeugung von Überschüssen für den Export.

Für die Bäuerinnen und Bauern ist ein transatlantisches Freihandelsabkommen kontraproduktiv. Sie werden durch die Industrialisierung in der Landwirtschaft in ihrer Existenz gefährdet und verdrängt. Bäuerliche Höfe und handwerkliche Verarbeitungsbetriebe brauchen solch ein Freihandelsabkommen nicht, sie profitieren vielmehr von regionaler, vielfältiger und an Kreisläufen orientierter handwerklicher Lebensmittelherzeugung.

## Ausblick

Ein zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen die aggressiven und undemokratischen Handelsbemühungen, wie er sich in Deutschland in einem breiten Bündnis organisiert hat, ist die Voraussetzung für die Etablierung eines besseren Handelssystems. Handelspolitik muss auf multilateraler Ebene geführt werden. Das heißt vor allem, dass auch die Betroffenen, also im vorliegenden Fall zum Beispiel auch die Bäuerinnen und Bauern sowie die Zivilgesellschaft, mit an die Verhandlungstische müssen. Dabei müssen die sozialen und ökologischen Rechte für die Menschen in aller Welt in den Vordergrund gestellt werden.

Ziel ist der Erhalt und die Stärkung einer bäuerlichen ökologischen Landwirtschaft, einer qualitätsorientierten, möglichst regionalen Lebensmittelherzeugung, einer artgerechten Tierhaltung, der Verzicht auf Risikotechnologien, der Stopp der Monopolisierung der Lebensmittelmärkte durch geistige Eigentumsrechte und ein fairer Handel mit Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in der Welt. Die Ernährungssouveränität aller Länder muss gewährleistet sein.

*Berit Thomsen (Dipl. ing Agrar) ist Mitarbeiterin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mit den Schwerpunkten Agrar- und Handelspolitik.*

- 1 Die EU exportierte im Jahr 2011 Agrargüter im Wert von 97,4 Milliarden Euro. Davon umfasste der europäische Exportanteil in die USA knapp 14 Prozent. Der Hauptagrarhandel der EU findet also außerhalb der USA statt. Zudem sind die Zölle schon fast gänzlich abgebaut.



Foto: Uschi Dreilucker/ Pixelio.de

Im Mai 2013 beschloss die kanadische Provinz Québec ein Moratorium gegen das dortige Gas Fracking, da man durch den Abbau des Gases durch Fracking hohe Belastungen für Umwelt und Gesundheit fürchtete. Der amerikanische Konzern Lone Pine Resources Inc. reichte daraufhin eine Klage bei einem internationalen Schiedsgericht gegen die kanadische Regierung ein. Er forderte finanzielle Kompensation aufgrund entgangener Profite in der Höhe von 191 Millionen Euro.

Wie ist das möglich? Was derzeit hinter verschlossenen Türen zwischen der EU und der USA verhandelt wird, ist in Nordamerika schon Realität. Seit 1994 existiert dort ein Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Darin enthalten ist auch ein Investitionskapitel mit einem so genannten Investor-Staat-Klagerecht (Investor-state dispute settlement – ISDS).

Wenn das Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) abgeschlossen wird, dann wird es nach dem Willen der VerhandlerInnen auch ein solches Investitionsschutzkapitel geben. Das bedeutet, dass die über 14.400 US-Konzerne, die in Europa mehr als 50.800 Niederlassungen haben<sup>1</sup>, das Recht erhalten gegen die Gaststaaten zu klagen, wenn sie ihre geplanten Gewinne bedroht sehen. Dies können zum Beispiel – wie im Fall von Lone Pine gegen Kanada – geplante oder verabschiedete Gesetze zum Schutz der Umwelt oder Gesundheit sein, aber auch Auflagen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen. So werden Initiativen, um strengere Regulierungen zum Schutz der BürgerInnen durchzusetzen, im Keim erstickt und die Demokratie wird von Konzerninteressen ausgehebelt.

Die Klagen werden nicht vor nationalen Gerichten, sondern vor internationalen Schiedsgerichten verhandelt. Drei SchiedsrichterInnen entscheiden hinter verschlossenen Türen in einem Hotelzimmer in Wien oder Paris über die Fälle. Gegen die einmal gefällten Schiedssprüche kann keine Revision eingelegt werden, sie sind bindend, die unterlegene Partei zahlt. Das ist oftmals der Staat, der die Entschädigungssummen in Millionenhöhe dann mit dem Geld der SteuerzahlerInnen zahlen muss. Selbst wenn der Staat einen Fall gewinnt fallen Verhandlungskosten in Höhe von durchschnittlich acht Millionen US Dollar an, die in vielen Fällen mit Steuergeldern beglichen werden.<sup>2</sup>

Auch die Rolle der drei SchiedsrichterInnen ist höchst umstritten: Nur 15 SchiedsrichterInnen sind in 55 Prozent aller Investor-Staatklagefälle involviert gewesen. Oftmals rotieren sie, vertreten mal die Interessen des Staates, mal die des Investors. Insgesamt sind der Auswahl- wie auch Entscheidungsprozess sehr intransparent gestaltet. Interessenskonflikte sind vorprogrammiert.

## Exemplarische Fälle

### Vattenfall vs. Deutschland (II)

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall verklagt den deutschen Staat auf 3.7 Milliarden Euro. Hintergrund ist der deutsche Atomausstieg 2011 aufgrund des öffentlichen Drucks nach der Atomreaktorkatastrophe von Fukushima. Vattenfall klagt, da die von dem Konzern erwarteten Gewinne nach dem Atomausstieg ausbleiben. Ein Urteil in dem Fall steht noch aus.

### Pacific Rim Mining Corp vs. El Salvador

Das kanadische Goldminenunternehmen Pacific Rim Mining Corp. scheiterte an den Umweltauflagen in El Salvador und gründete daraufhin von den Kaimaninseln aus ein Tochterunternehmen in Nevada und verklagte El Salvador unter Berufung auf das zentralamerikanische Freihandelsabkommen (Central American Free Trade Agreement – CAFTA) auf mehrere 100 Millionen US Dollar als Kompensation für verlorene Profite.

### Philip Morris vs. Uruguay

Der Tabak-Konzern Philip Morris verlegte sein internationales Hauptquartier in die Schweiz und konnte so 2010 aufgrund des bilateralen Investitionsabkommens der Schweiz mit Uruguay gegen den uruguayischen Staat klagen. Obwohl in dem Abkommen explizit festgehalten wurde, dass das Klagerecht nicht verwendet werden darf, um die staatliche Gesundheitspolitik anzugreifen, tut Philip Morris nun genau dies: Das Unternehmen verklagt den uruguayischen Staat aufgrund seiner restriktiven Tabakgesetzgebung, die unter anderem großflächige Warnhinweise auf den Zigarettenpackungen vorschreibt.



Bei bisher über 500 bekannten Investor-Staat-Klagefällen (Tendenz steigend), bei denen es um Summen in Milliardenhöhe geht, wundert es nicht, dass nicht nur die Konzerne scharf auf das Investitionsschutzkapitel im TTIP sind. Auch für viele Anwaltskanzleien ist das ISDS längst zu einem Geschäft geworden. Einige Kanzleien haben sich darauf spezialisiert und motivieren Unternehmen aktiv Klagen gegen Staaten anzustreben.

Für das TTIP steuert die Europäische Kommission eine noch radikalere Version des Investitionsschiedskapitels an. Dabei ist der Klagemechanismus im TTIP eigentlich überflüssig, schließlich verfügen die Länder Europas und die USA bereits über hoch entwickelte nationale Rechtssysteme, so dass ein Weg über ein intransparentes internationales Schiedsgericht nicht notwendig ist. Konzerne könnten theoretisch vor den nationalen Gerichten klagen. Sogar die deutsche Regierung, die sonst besonders konzernfreundlich agiert, hat eingeräumt, dass sie die Investor-Staat-Klagerechte im TTIP aufgrund der bestehenden nationalen Rechtssysteme als nicht notwendig erachtet.

Die leeren Worthülsen der VerhandlerInnen, dass ein Investitionsschutzkapitel eben ein gängiger Teil der Handelsabkommen sei, sind nicht einleuchtend.

Sollte TTIP einen Investor-Staat-Klagemechanismus beinhalten, dann können wir uns wohl auf eine Klagewelle einstellen. Schließlich wurden die bisher bekannten Verfahren weltweit zu 24 Prozent von amerikanischen Investoren geführt, 40 Prozent gehen auf das Konto europäischer Konzerne.<sup>3</sup>

Dass es auch ohne geht, zeigt der Fall Südafrika: Die südafrikanische Regierung hat im November 2013 ihr Investitionsabkommen mit Deutschland gekündigt und plant alle derartigen Abkommen zu kündigen; Brasilien hat solche Abkommen nie unterzeichnet.

*Alessa Hartmann ist Referentin für internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.*

- 1 Vgl. Public Citizen (Hrsg.): „TAFTA: Empowering Corporations to Bypass Domestic Courts and Attack Consumer and Environmental Safeguards before Extrajudicial Tribunals“, Washington D.C., 2013.
- 2 Vgl. S2B-Network, CEO, TNI (Hrsg.): A transatlantic corporate bill of rights – Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy. October 2013, S. 4.
- 3 Vgl. S2B-Network, CEO, TNI (Hrsg.): A transatlantic corporate bill of rights – Investor privileges in EU-US trade deal threaten public interest and democracy. October 2013, S. 2.

## Fast Track

Fast Track Negotiating Authority – oder seit 2002 auch Trade Promotion Authority (TPA) genannt – ist ein Recht, das der US-Kongress dem Präsidenten einräumt. Nur mit dieser TPA-Ermächtigung darf er internationale Verträge verhandeln, die der Kongress dann nur noch mit Ja oder Nein annehmen oder ablehnen kann, aber nicht mehr ändern kann. Fast Track wurde gesetzlich 1975–1994 erstmals eingeführt, mit einem weiteren Gesetz von 2002–2007 erneut eingeführt und besteht zurzeit nicht. Der Kongress verhandelt derzeit Anträge für das geplante Transpazifische Freihandelsabkommen (TPP) und für das TTIP die Trade Promotion Authority wieder einzuführen – mit ungewissen Erfolgsaussichten. Würde diese TPA dem Weißen Haus eingeräumt, würde es die Erfolgsaussichten beider geplanten Abkommen im Kongress deutlich erhöhen. Letztlich delegiert der Kongress mit der TPA-Ermächtigung einen Teil seiner verfassungsmäßigen Rechte an die Exekutive.

Der Vergleich mit Europa ist insofern interessant, weil diese TPA in Europa sowohl national als auch auf EU-Ebene Standard ist. Parlamente in Europa sind noch nie auf die Idee gekommen, die in den USA verfassungsmäßig dem Kongress zustehenden Mitspracherechte in der Handelspolitik für sich einzufordern.



Foto: Cigdem Büyüktokati/ Pixelio.de

UnFairHandelbar

## „TTIP“ NEIN DANKE!

## TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT GEHT ANDERS

Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandels- & Investitionsabkommen EU – USA (TTIP)

März 2014

[...]

Schon jetzt stecken wir in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen. Wir erleben viel zu wenig – nicht zu viel – Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Finanzmarktkontrolle. Wir erleben zu wenig – nicht zu viel – solidarische Wirtschaften, Schutz kleinbäuerlicher und gemeinwohlorientierter (Land-)Wirtschaft sowie wirksamen Verbraucher-, Daten- und Rechtsschutz gegenüber den Geschäftsinteressen internationaler Konzerne.

[...]

### WIR WOLLEN:

**Demokratie und Transparenz:** Statt Geheimverhandlungen braucht es eine breite öffentliche Diskussion um ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten. Hierzu müssten umfassende und aktuelle Informationen und der vollständigen Einblick in alle Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und Parlamente gewährleistet sein. Zudem muss die Kommission eine umfassende Nachhaltigkeitsprüfung von unabhängiger Seite durchführen lassen.

**Rechtsschutz für Menschen – statt privilegierte Klagerechte für Konzerne:** Wir lehnen es ab, dass US-Konzerne Klagerechte gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze bekommen. Die besonders von der EU geforderten Sonderklagerechte für Unternehmen im Rahmen so genannter Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit unterlaufen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats.

**Erhaltung und Ausbau europäischer Umweltpolitik statt ihrer Unterordnung unter die Freihandelslogik:** Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio aufgestellt wurden, sind das Vorsorge- wie auch das Verursacherprinzip. Diese Prinzipien sind Bestandteil des europäischen Umweltrechts. Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausge-

hen können, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden.

[...]

Das Vorsorgeprinzip muss daher bei politischen Entscheidungen auf jeden Fall beachtet werden. Dies gilt insbesondere für Risiko-Techniken wie der Gas-Gewinnung mittels »Fracking«. Dies verbraucht enorme Flächen- und Wassermengen, birgt neue Risiken fürs Grundwasser und konterkariert zudem die politisch beschlossenen Klimaschutzziele. Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Verbote sind dafür genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das ist mit der TTIP-Freihandelslogik nicht zu vereinbaren. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschnur werden.

**Bäuerliche und umweltgerechte Landwirtschaft schützen:** Bauern und Verbrauchern in Europa bringt TTIP keine Vorteile. Bei TTIP geht es nur untergeordnet um mehr Handel. Im Wesentlichen will die Agrarindustrie auf beiden Seiten des Atlantiks durch TTIP industrielle Standards durchsetzen.

[...]

Auch das Patent- und Haftungsrecht unterscheidet sich in beiden Handelszonen an vielen Stellen. All diese Themen stehen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf der geheim gehaltenen Verhandlungsliste. Statt noch mehr „Wachsen oder Weichen“ gilt es, die kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft zu schützen. Eine bäuerliche und zukunftsfähige Landwirtschaft braucht ein faires Handelssystem, das die Interessen von Bäuerinnen und Bauern berücksichtigt und nicht die Interessen der Agrarindustrie bedient.

**Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards:** Die strengeren europäischen Standards sind nicht verhandelbar. Sie dürfen weder abgesenkt noch

durch eine gegenseitige Anerkennung US-amerikanischer und europäischer Standards unterlaufen werden. Zudem ist eine umfassende Kennzeichnungspflicht von Inhaltsstoffen und Herstellungs- und Behandlungsmethoden zwingend – auch für verarbeitete Produkte.

**Arbeits- und Menschenrechte** durch klare und durchsetzbare Regelungen verbindlich schützen: Der Öffentlichkeit wird TTIP als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft. Dabei haben bestehende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko eher das Gegenteil bewirkt. Gewerkschaften beklagen Arbeitsplatzverluste in der Industrie, sinkende Löhne, Unterlaufen vor Arbeitsmindeststandards und wachsende Einkommensunterschiede als Folge des Freihandels, indem Arbeitsstandards an das jeweils niedrigere Niveau nach unten angeglichen werden. In der EU sind Massenarbeitslosigkeit, Druck auf Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigung die Folgen schwacher Sozialstandards im liberalisierten Binnenmarkt. Dies ist kein Modell für eine transatlantische Freihandelszone.

**Internationale Solidarität und Kooperation** statt immer mehr Wettbewerbsdruck. Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren. Damit wird Entwicklungspolitik untergraben.

**Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen** statt weiterer Deregulierungsoffensive. Essentielle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie oder Verkehr – dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen. Den dazu nötigen Gestaltungsspielraum auf nationaler und kommunaler Ebene drohen die TTIP Verhandlungen weiter zu beschneiden – mehr Druck in Richtung Privatisierung ist zu erwarten.

**Schutz und Förderung der Vielfalt kulturellen Ausdrucksformen** statt weiterer Liberalisierung. Die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sichert beispielsweise Film-, Theater, Orchester- und weitere Kulturförderung sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Landesprogrammen. Dieser Gestaltungsraum wird durch die TTIP Verhandlungen zur Disposition gestellt.

**Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte** statt mehr Deregulierung

und Freihandel. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und ökonomische Ungleichgewichte innerhalb der EU infolge von Lohnkonkurrenz sind eine wesentliche Ursache der europäischen Wirtschaftskrise. Mit TTIP sollen Finanzdienstleistungen noch weiter dereguliert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.

**Innovationen, Bildung und Informationsfreiheit** statt noch mehr Exklusivrechte an „geistigem Eigentum“ der Konzerne: Schützbare „geistiges Eigentum“ findet sich in vielen Sektoren – Technologien, Pharmaprodukte, Saatgut, Filme und Musik. Unter dem Vorwand, die Urheber zu schützen gängeln die großen Verlage, Labels und Medienkonzerne die Nutzer von Kultur und Information immer stärker. Wissenschaft und Bildung werden behindert, immer mehr Werke verwaisen und gehen endgültig verloren, weil ihre Digitalisierung nicht erlaubt wird. Wir brauchen einen fairen Interessenausgleich zwischen Urhebern, Nutzern und Verwertern! 2012 wurde das ACTA Abkommen von einer Welle der öffentlichen Empörung gestoppt – der Medienindustrie hätte es umfangreiche Monopolrechte und die Kontrolle des Internets beschert. TTIP ist ein neuer Anlauf, diese Monopolrechte einzuführen.

**Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken:** Die EU drängt auf eine weitreichende Deregulierung des öffentlichen Beschaffungswesens und will Vorschriften vieler amerikanischer Bundesstaaten oder Städte zu lokalem Einkauf beseitigen. Damit wären auch europäische Regelungen zum nachhaltigen oder regionalen Beschaffungswesen gefährdet. Die eigene Region gezielt zu stärken oder soziale und ökologische Ziele zu berücksichtigen, muss weiterhin möglich bleiben.

**Wir rufen daher alle interessierten Menschen und Organisationen auf,** sich aktiv an der Debatte um dieses neue Abkommen zu beteiligen! Machen wir – zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden in Europa und den USA – den Politikern und Wirtschaftskapitänen deutlich, dass Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert keine Lösung für die aktuellen Herausforderungen sind. Eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen, sieht ganz anders aus!

Auch in den USA und anderen Ländern Europas regt sich der Widerstand gegen dieses geplante Abkommen – gemeinsam werden wir es stoppen!

## Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den geplanten Verhandlungen für ein Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP)

Berlin, 29.04.2013

Seit bekannt wurde, dass entsprechende Verhandlungen geplant sind, hat die Aussicht auf ein transatlantisches Freihandelsabkommen hohe Erwartungen geweckt. Es herrscht Einigkeit, dass ein Abkommen zwischen politisch und wirtschaftlich so mächtigen Regionen, wie den USA und der EU, globale Auswirkungen hätte und entsprechend kein „gewöhnliches“ Handelsabkommen wäre.

[...]

So müssen beispielsweise soziale und ökologische Zielsetzungen gleichrangig neben wirtschaftlichen Interessen im Abkommen verankert werden.

Der DGB vertritt ebenfalls die Position, dass von einem europäischen Handelsabkommen mit den USA positive Wohlfahrtseffekte ausgehen können, warnt aber vor übertriebenen Erwartungen. Der Handel zwischen den USA und Europa ist bereits stark liberalisiert, ökonomische Effekte sind bei einem zukünftigen Abkommen insbesondere von einer Vereinheitlichung von Standards und Normen zu erwarten. Ein solcher Abbau von Unterschieden bei Normierung und Regulierung – also von Handelshemmnissen „hinter der Grenze“ – ist allerdings auch gar nicht ohne Weiteres umfassend möglich und unter Umständen auch gar nicht voll und ganz wünschenswert: Schließlich gibt es für viele spezifische Regelungen gute Gründe.

[...]

Ein wirksames Mittel gegen die Krise im Euroraum (wie es sich Teile des Europäischen Parlaments offenbar erwarten) stellt das Abkommen vor diesem Hintergrund nicht dar. Dazu wären Maßnahmen ganz anderer Dimension und ganz anderer Ausrichtung notwendig. Auch zur Förderung des transatlantischen Handels und zur Stabilisierung der Weltwirtschaft sind Maßnahmen vorstellbar, die die positive Wirkung eines Freihandelsabkommens weit übertreffen würden: So führen beispielsweise die starken Schwankungen

beim Wechselkurs von Euro und Dollar zu hohen zusätzlichen Kosten für handelnde Unternehmen. Eine Stabilisierung der Wechselkurse – wie sie auch von der französischen Regierung ins Gespräch gebracht wurde – könnte die Kosten des transatlantischen Handels reduzieren. Zur Stabilisierung der Weltwirtschaft könnten eine stärkere makroökonomische Koordinierung und Abstimmung der Wirtschaftspolitiken diesseits und jenseits des Atlantiks beitragen, die etwa auf einen Abbau globaler Ungleichgewichte gerichtet sind, den gemeinsamen Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung stärken oder die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer fördern. Von solchen – politischen – Gemeinschaftsprojekten wären deutlich größere Wohlfahrtseffekte zu erwarten, als von einer reinen Liberalisierungsagenda.

Damit das Abkommen eine positive Wirkung entfalten kann, muss es aus Sicht der Gewerkschaften insbesondere:

[...]

- klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards beinhalten und in keiner Weise soziale und ökologische staatliche Regulierung behindern (wozu auch die Möglichkeit gehört, öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer Bedingungen zu knüpfen),
- garantieren, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens die selben Arbeitsstandards und -rechte gelten, wie für andere Beschäftigte im Zielland, [...]
- keine Regelungen zum Investitionsschutz enthalten, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen könnten, oder die Möglichkeiten des Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen. [...]

## Transparenz und Beteiligung der Stakeholder

[...]

müssen aus Sicht des DGB nicht nur die Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene, sondern auch die Sozialpartner und andere Vertreter der Zivilgesellschaft von Anfang an intensiv und dauerhaft in den Verhandlungsprozess einbezogen werden.

[...]

Die Einbeziehung der Parlamente und der Sozialpartner darf aber auch nach einem möglichen Inkrafttreten des Abkommens nicht enden. Jedes Handelsabkommen muss aus Sicht des DGB in seinem Text einen verbindlichen, schlagkräftigen Monitoring-Mechanismus zur Überwachung der Auswirkungen des Abkommens, der Einhaltung von Regeln des jeweiligen Nachhaltigkeitskapitels und anderer Bestandteile des Abkommens beinhalten. [...] So sollen beispielsweise verbindliche Mechanismen eingeführt werden, die Regierungen dazu verpflichten, aufgrund von Beschwerden, Berichten und Hinweisen der Sozialpartner binnen bestimmter Fristen tätig zu werden. Beschwerden über soziale Missstände sollen von unabhängigen, qualifizierten Experten behandelt werden. Ein mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und NGO-Vertretern paritätisch besetztes Forum soll eingerichtet werden, das sich mehrmals jährlich trifft und entsprechende Probleme berät und Öffentlichkeit darüber herstellt. [...]

Zur demokratischen Überwachung der Umsetzung und der Auswirkungen des Abkommens – hinsichtlich sozialer und ökologischer Auswirkungen, der Durchsetzung des Nachhaltigkeitskapitels, aber auch hinsichtlich anderer Bestandteile des Abkommens – sollte eine bilaterale parlamentarische Kommission (bestehend aus US- und EU-Parlamentariern) unter umfassender Einbeziehung der Sozialpartner eingerichtet werden. Ein entsprechender Anspruch sollte bereits im Verhandlungsmandat der Kommission formuliert sein.

## Arbeitnehmerrechte und Nachhaltigkeitskapitel

[...]

Der DGB betrachtet mit Sorge, dass sogar sechs der acht grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von den USA nicht ratifiziert wurden, darunter die Konventionen 87 und 98 zur Vereinigungsfrei-

heit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Immer wieder kommt es in den USA zu einer Behinderung gewerkschaftlicher Aktivitäten - zum Teil sogar bei Tochterunternehmen großer deutscher Konzerne. Die EU muss diese Probleme aus Sicht des DGB explizit in ihrem Mandatsentwurf ansprechen.

## Höchste Standards setzen

Das heißt [...], überall Standards für Arbeitnehmerrechte, die industriellen Beziehungen und die Mitbestimmungsrechte zu etablieren, die mindestens dem höchsten Niveau entsprechen, das bislang in einem Land erreicht wurde. Es bedarf einer expliziten Klausel im Abkommen, die einen Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialstandards verbietet und den jeweils höchsten erreichten Standard absichert.

[...]

Das Abkommen darf die Vertragspartner nicht daran hindern, jede Maßnahme zu ergreifen, um die Interessen der Beschäftigten und der Bevölkerung zu schützen.

## Internationale Standards

Die Vertragsparteien sollten sich zur Ratifizierung und zur vollständigen und wirksamen Umsetzung aller aktuellen IAO-Konventionen bekennen.

[...]

Vertragspartner des Freihandelsabkommens müssen darüber hinaus insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung (Öffentliche Beschaffung, Investitionsschutz und Außenwirtschaftsförderung) für die Anwendung der OECD-Richtlinien für Multinationale Unternehmen und der Dreigliedrigen Erklärung der IAO für multinationale Unternehmen und Sozialpolitik sorgen.

## Durchsetzbarkeit

[...]

Die sozialen und ökologischen Regelungen im Abkommen müssen für alle staatlichen Ebenen gelten.

## Liberalisierung im Bereich Dienstleistungen

[...]

Aus Sicht des DGB haben zudem erfolgte Liberalisierungs- und Privatisierungsschritte in der EU zum Teil negative Auswirkungen für die Bevölkerung gehabt. In solchen Fällen muss es möglich sein, die Liberalisierung und Privatisierung wieder rückgängig zu machen.

## Öffentliche Dienstleistungen

Öffentliche Dienstleistungen müssen aus Sicht des DGB komplett aus den Verhandlungen mit den USA ausgenommen werden. [...] Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale Dienste, aber auch audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen, Wasserversorgung, Postdienstleistungen oder der öffentliche Nahverkehr dürfen nicht Gegenstand der Verhandlungen sein [...]. In jedem Fall muss das Schutzniveau der bisherigen horizontalen Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen („Public Utility-Klausel“ und „Subventionsvorbehalt“) gesichert sein. In keinem Fall dürfen die Regelungen zur Liberalisierung für die Ebenen unterhalb des Nationalstaats (in Deutschland insbesondere nicht für Länder und Kommunen) gelten. Die EU muss hier darauf beharren, dass keine Veränderung gegenüber bisherigen EU-Abkommen hinsichtlich der Formulierung und EU-seitigen Auslegung der Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen vorgenommen werden, die unmittelbar oder mittelbar zu einem höheren Liberalisierungsdruck im öffentlichen Bereich führen könnten.

## Ausnahmen

Das EU-Mandat muss die Beibehaltung der bisherigen Praxis für Verhandlungen im Bereich von Dienstleistungen aufrecht erhalten: Verpflichtungen zur Liberalisierung dürfen nur eindeutig im Rahmen des sogenannten Positivlisten-Ansatzes (wie im GATS verwendet) eingegangen werden. Der DGB lehnt den Negativlisten-Ansatz (bei dem alle Bereiche liberalisiert werden müssen, die nicht explizit aufgelistet sind) und die Aufnahme von sogenannten Standstill- und Ratchet-Klauseln (die stets das jeweils höchste erreichte Liberalisierungs-Niveau verankern, eine Reregulierung verhindern und daher eine einseitige Entwicklung in Richtung immer weitgehender Liberalisierung befördern) in die Vereinbarung strikt ab.

[...]

## Mode IV

Eine weitere Liberalisierung im Bereich der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen durch Arbeitskräfte („Mode IV“) sollte nicht verhandelt werden, solange die Gefahr besteht, dass nationales Arbeitsrecht und Tarifvertragsbestimmungen im Rahmen der Entsendung von Arbeitskräften verletzt werden. Ein Problem sind in diesem Zusammenhang auch nach wie vor bestehende Unzulänglichkeiten bei der rechtsstaatlichen Verfolgung und Sanktionierung

solcher Verstöße. Auch deshalb muss es im Falle der Nichteinhaltung entsprechender Regelungen möglich sein, den allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus und Sanktionen in Form von Geldbußen wirken zu lassen.

## Finanzmarktliberalisierung

Angesichts der anhaltenden Finanzkrise und der jüngsten negativen Erfahrungen mit Deregulierungen im Finanzsektor, sollten in diesem Bereich und beim Kapitalverkehr keine weiteren Liberalisierungsschritte unternommen werden.

[...]

Es ist unbestritten, dass es im Finanzsektor zu einer umfassenden Reregulierung und einer Verbesserung der Aufsichtsstrukturen kommen muss, um die Stabilität und Funktionsweise des Sektors wieder herzustellen. Vor diesem Hintergrund hat die UN-Expertenkommission zur Reform des internationalen Finanzsystems Bedenken geäußert, dass Regelungen in Handelsabkommen einer notwendigen Reregulierung und verbesserten Aufsicht entgegenstehen könnten. Die Kommission empfiehlt deshalb, alle bestehenden Handelsabkommen darauf zu überprüfen, ob sie mit den Notwendigkeiten einer umfassenden, wirksamen Finanzmarktregulierung vereinbar sind. Es brauche eine kritische Analyse und Bewertung bisheriger Abkommen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die makroökonomische Stabilität.

[...]

Erst recht darf es keine „Standstill“-Klauseln in einem Handelsabkommen mit den USA geben, die eine Rückführung des Liberalisierungsniveaus und eine Reregulierung verhindern würde. Stattdessen sollte das Abkommen dazu genutzt werden, gemeinsame, umfangreiche Standards bei der Regulierung der Finanzmärkte zu erreichen, deren Bestandteile mindestens dem höchsten Niveau des in einem Land Erreichten entsprechen.

## Investitionsschutz

[...]

Der Sachverhalt stellt sich hinsichtlich der Notwendigkeit eines zusätzlich verankerten Investitionsschutzes bei einem Abkommen zwischen den USA und der EU also objektiv anders dar, als bei Abkommen mit Staaten, bei denen unter Umständen Zweifel an einem wirksamen Schutz von Investitionen bestehen könnten. Diese Argumente sollten von der Bundesregierung in aller Deutlichkeit dazu genutzt werden, die anderen Mitglieder des Rates davon zu überzeugen, dass

im Verhandlungsmandat für die EU-Kommission keinerlei Regelungen zum Investitionsschutz enthalten sein sollten. Die EU sollte vielmehr in den Verhandlungen mit Bestimmtheit dafür eintreten, dass sich auch im Abkommen keine Passagen zum Investitionsschutz wiederfinden. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund relevant, dass Schutzrechte für Investoren in der Vergangenheit viel zu breit ausgelegt wurden, was zu Missbrauch und zu einer Einschränkung von demokratisch legitimierten staatlichen Regulierungsmöglichkeiten geführt hat.

[...]

Es ist nicht hinzunehmen, wenn der Schutz von Arbeitnehmerrechten oder der Umwelt oder andere staatliche Maßnahmen im Sinne der Bevölkerung den Interessen ausländischer Investoren untergeordnet werden.

Sollten dennoch Bestimmungen zum Investitionsschutz im TTIP-Abkommen aufgenommen werden, ist mindestens Folgendes zwingend zu beachten: Es darf keine Klagerechte von Investoren gegen Staaten geben, die es Investoren erlauben, den ordentlichen Rechtsweg vor nationalen (oder europäischen) Gerichten zu umgehen. Diesbezüglich bedarf es dringend einer Änderung des EU-Mandatsentwurfs. Das US-Präsidialamt hat in seiner offiziellen Unterrichtung des US-Kongresses über die geplanten Verhandlungen explizit klargestellt, dass ausländische Investoren in den USA hinsichtlich des Investitionsschutzes keine größeren Rechte, als inländische Investoren haben sollten. Das muss aus Sicht des DGB auch für die Frage des Rechtswegs und der Klagerechte gelten. Die EU sollte explizit klarstellen, dass ausländischen Investoren in der EU keine Möglichkeit gegeben werden darf, die europäischen Gerichte durch Anrufung von Schiedsgerichten zu umgehen. Im EU-Mandat sollte außerdem klargestellt werden, dass im Abkommen keine so genannten Schirmklauseln („umbrella clause“) eingefügt werden dürfen, die beispielsweise dazu führen können, dass eine mutmaßliche Verletzung anderweitiger vertraglicher Verpflichtungen gegenüber einem Investor direkt als Verletzung des Abkommens gewertet werden – mit entsprechenden Konsequenzen. Auch hinsichtlich der anderen üblichen Regelungen in Investitionsschutzkapiteln (Inländerbehandlung, Meistbegünstigung, Enteignung etc.) muss sichergestellt sein, dass ein Missbrauch und eine zu umfangreiche Auslegung verhindert werden. [...]

## Öffentliche Auftragsvergabe

Die öffentliche Auftragsvergabe kann ein geeignetes Mittel sein, um Unternehmen dazu zu bringen, soziale und ökologische Standards einzuhalten. Etwa indem die Auftragsvergabe an die Einhaltung von Tarifverträgen, die Zahlung von Mindestlöhnen und ähnliche Bedingungen geknüpft wird. Die anstehenden Verhandlungen mit den USA sollten dazu genutzt werden, dieses Prinzip sozial-ökologischer Vergabekriterien diesseits und jenseits des Atlantiks weiter voranzutreiben.

In keinem Fall darf eine Liberalisierung der Beschaffungsmärkte dazu führen, dass entsprechende bestehende Regelungen bei der Vergabe nicht mehr angewendet werden können. Vor diesem Hintergrund sollte insbesondere auch das IAO-Übereinkommen Nr. 94 in Bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen und Tarifverträge berücksichtigt werden. Bestehende Ausnahmen sollten beibehalten werden können – auch solche zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen. Das Abkommen darf keine Verpflichtung zur Öffnung oder Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens auf subnationaler Ebene, einschließlich der kommunalen Ebene, beinhalten. Entsprechende Klarstellungen im Mandatsentwurf sind notwendig.

## Liberalisierung des Güterhandels / Sonstige Regelungen

Der Agrarbereich sollte aus Sicht des DGB nicht Gegenstand der Verhandlungen sein. Eine Liberalisierung des Handels mit Agrargütern wird keine positiven Effekte für Beschäftigten in der Landwirtschaft in Europa bringen. Zudem ist zu befürchten, dass Verpflichtungen in einem Abkommen es noch schwieriger machen werden, Kompromisse in der europäischen Landwirtschaftspolitik zu finden. Wenn gemeinsame Produktstandards angestrebt werden – was im EU-Verhandlungsmandat erstaunlich wenig Raum einnimmt – muss drauf geachtet werden, dass dies nicht zulasten des Gesundheits-, Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutzes geschieht. Ausschlaggebend sollte dabei das jeweils gesellschaftlich gewünschte Schutzniveau sein, unabhängig von vermeintlich wissenschaftlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen.

## TRADING AWAY OUR FUTURE?

### A threat to Europe's democracy and environmental, health, and social safeguards

Briefing on the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

October 2013

[...]

This briefing addresses the risks posed by the proposed deal, and argues that what is needed instead is a transparent process that addresses the causes of the current economic, social and climate crises through trading conditions that favour people and the environment. Rather than assuming that what is good for trade and business is good for everyone, the full impacts on society and the environment must be taken into account.

[...]

An investor state dispute settlement mechanism should not be included in TTIP.

#### Wrong approach to the economic crisis

[...]

As a result, while big business may see increased profits, individuals, society and future generations will pay the price.

A more appropriate response to the economic crisis would be to generate the financial resources needed to create good jobs and to build a more sustainable economy via new forms of taxation, such as a Financial Transactions Tax.

#### Safety standards at risk

[...]

Sectors of industry have long claimed that European standards designed to protect human health, the environment and social wellbeing are barriers to trade. Their demands for the automatic mutual recognition of standards (where the EU would have to accept US imports regardless of their compliance with EU regulations, and vice-versa), or new harmonised or global standards, which would effectively mean a lowering of standards, will reduce protection for the environment and expose individuals to greater health, safety and other risks.

[...]

Reducing requirements for traceability and accountability will also threaten the fundamental principle that the polluter pays. Changes to standards imposed through a binding trade deal undermine the ability of states to act dem-

ocratically in response to national public concerns.

[...]

#### A deal for a better future

[...]

A deal must be based on full transparency and accountability, both in the negotiating process and in delivery. Such a deal should aim at:

- Building new economies and improving lives: protect and support local economies, develop quality, fulfilling and stable jobs
- Improving life for future generations: identify environmental and social best practice as the basis for joint minimum standards, phase-out environmentally harmful subsidies and reduce the resource-use and climate-changing emissions of the EU and US to sustainable and equitable levels
- Promoting trading conditions in favour of people and environment: the interests of citizens and the environment should be central in an agreement, not the vested interests of investors and multinationals.
- Bringing transparency and accountability: the public and civil society organisations need to be able to follow and respond to what is being discussed and agreed; investors and companies need to be held accountable for their impacts on people and the environment.

Friends of the Earth Europe rejects any attempt to de-regulate polluting industries, harmonise safety or product standards downwards, and limit future legislation to protect people or the environment. Specifically the trade negotiations should clearly exclude:

- any form of investor-to-State dispute settlement mechanism
- sanitary and phyto-sanitary measures – i.e. any areas dealing with food safety, animal or plant health
- any attempt to compromise democracy, safety, and key pillars of EU regulations – such as the polluter-pays and the precautionary principles.



# Streitbeilegungsmechanismen in Freihandelsabkommen und bilateralen Investitionsabkommen

Eine Gefahr für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Zugang zum Recht

April 2013

[...]

Greenpeace plädiert dafür, dass die EU keine Handels- oder Investitionsabkommen mit ISDS-Mechanismen abschließen sollte, da diese mit den demokratischen Grundsätzen, dem institutionellen Gleichgewicht, dem Zugang zur Justiz und dem Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz für alle nicht vereinbar sind.

Im Weiteren verletzen die ISDS-Mechanismen die dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zugesprochene ausschließliche Zuständigkeit und somit auch die EU-Verträge.

## Schiedsverfahren zwischen Geschäftswelt und Staaten: der bevorzugte Weg zur Durchsetzung privater Interessen gegenüber öffentlichen Regelwerken

[...]

### ISDS-Mechanismen sind mit der Arbeitsweise des EU-Justizsystems nicht vereinbar

Laut Art. 19 des EU-Vertrags soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) die richtige Auslegung und Anwendung des EU-Rechts sowie die Kohärenz des europäischen Rechtssystems schützen und sicherstellen. Darüber hinaus sieht der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) vor, dass im Falle außervertraglicher Haftungen die Union „den durch ihre Organe oder Bediensteten [...] verursachten Schaden [ersetzt]“ (Art. 340(2)).

Der AEUV verleiht dem EuGH die ausschließliche Zuständigkeit für außervertragliche Haftungen der EU und sämtliche Forderungen auf Schadenersatz, einschließlich der von einzelnen Investoren geltend gemachten Forderungen (Art. 268 und Art. 274 AEUV). Dieser gerichtliche Schutz steht jedem zur Verfügung, einschließlich in Drittländern ansässigen Unternehmen.

Die Einführung der ISDS-Mechanismen würde gleichzeitig eine Hintertür in der gerichtlichen Architektur der EU schaffen. In der Tat wären die Schiedsrichter im Rahmen der ISDS-Mechanismen

aufgefordert, die Vereinbarkeit der EU- und der nationalen Gesetze mit den FTAs oder BITs zu überprüfen. Ausgehend von dem Ergebnis ihrer Überprüfung wären sie dann befugt, über die Haftung der EU oder eines Mitgliedstaats gegenüber ausländischen Investoren zu entscheiden und die Zahlung von Schadenersatz aufzuerlegen. Mit der ausschließlichen Zuständigkeit des EuGH für außervertragliche Haftungsansprüche ist dies eindeutig nicht vereinbar: der AEUV schützt das Recht des Einzelnen auf Ersatz wegen ungerecht davongetragener Schäden infolge von Tätigkeiten der Institutionen; allerdings fordert er, dass die Entscheidungen in diesen Angelegenheiten nach Maßgabe der im EU-Recht vorgesehenen Verfahrensregeln und Schutzmaßnahmen von dem EuGH getroffen werden.

Auch ist zu bedenken, dass die Schiedsrichter zwecks Entscheidung über die Investorenforderungen die EU-Gesetze auszulegen hätten, die angeblich einem BIT oder FTA zuwider laufen. Im Gegensatz zu nationalen Richtern hätten sie allerdings nicht die Pflicht (oder Möglichkeit), die Fragen zur Auslegung des EU-Rechts an den EuGH zu verweisen.

[...]

ISDS-Mechanismen sind nicht nur mit dem EU-Recht unvereinbar. Sie sind auch überflüssig. Der EuGH befindet sich in der besten Position, ausländischen Investoren einen effektiven gerichtlichen Schutz anzubieten, indem er sicherstellt, dass die EU- und die nationalen Gesetze den Verpflichtungen aus internationalen Abkommen entsprechen.

[...]

Gewährleistung des Zugangs zum Recht, des fairen Verfahrens und der Transparenz ohne Diskriminierung

[...]

Nach Ansicht von Greenpeace gibt es keinerlei Gründe dafür, ein privilegiertes und separates System zur Wahrung kommerzieller Interessen zu schaffen. Ausländischen Investoren sollte der gleiche Zugang zur Justiz wie jeder anderen

Partei eingeräumt werden, die den Schutz ihrer Rechte und Interessen vor einem ordentlichen Gericht vertritt, das dann wiederum in vollem Umfang transparent und unter dem prüfenden Blick der nationalen Gerichte höherer Instanzen und des EuGH seine Entscheidungen trifft.

### Forderungen

Angesichts dieser Erwägungen fordert Greenpeace, dass das Europaparlament und der Rat keine bilateralen Investitionsabkommen oder Freihandelsabkommen genehmigen, wenn diese Abkommen ISDS-Mechanismen vorsehen.

Diese Mechanismen, wie zuvor bereits erläutert,

- geben privaten Investoren die Möglichkeit, rechtmäßige EU-Gesetze vor einem Ausschuss „privater“ Schiedsrichter anzufechten und durch Ankündigung kostspieliger Schiedsverfahren unzulässigen Druck auf die Gesetzgeber der EU und der Mitgliedstaaten auszuüben;

- sind mit der ausschließlich dem EuGH obliegenden Pflicht, über Angelegenheiten zur Auslegung und Anwendbarkeit des EU-Rechts und über EU-Haftungsforderungen zu entscheiden, nicht vereinbar;
- sind überflüssig, da das Rechtssystem der EU auf der Achtung von Gesetzen und Grundrechten basiert und den gebotenen Schutz vor Verletzungen des Rechts auf Eigentum und Ausübung einer Erwerbstätigkeit bereits anbietet.

Da die ISDS-Mechanismen erhebliche Auswirkungen auf die Funktionsweise des EU-Rechtssystems haben, richtet Greenpeace in jedem Fall das dringende Anliegen an das Europaparlament, den Rat und die Kommission, bezüglich der Gültigkeit jener Mechanismen nach dem EU-Recht Rücksprache mit dem Europäischen Gerichtshof zu nehmen, wie es in Art. 218 AEUV vorgesehen ist.



# Kulturelle Ausnahme ist bei geplantem Freihandelsabkommen zwischen EU und USA unverzichtbar

Berlin, den 06.05.2013

Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, fordert, dass beim geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership TTIP) **der Kultur- und Mediensektor ausgenommen wird.**

[...]

Ebenso fordert der Deutsche Kulturrat, dass sich die Vertreter Deutschlands im EU-Handelsministerrat dafür stark machen, Kultur und audiovisuelle Dienste, einschließlich audiovisueller online-Dienste, von den Verhandlungen auszunehmen. [...] d.h. nicht nur bestehende audiovisuelle Mediendienste müssen davon erfasst werden können, sondern auch solche, die künftig entwickelt werden.

[...]

**Kulturgüter und -dienstleistungen haben einen besonderen, doppelten Charakter.** Sie sind einerseits Wirtschaftsgüter und andererseits Träger von kultureller Identität und kulturellen Werten.

[...]

Der Deutsche Kulturrat hat sich angesichts der wachsenden weltwirtschaftlichen Verflechtung auch im Kultur- und Mediensektor für die Erarbeitung und rasche Ratifizierung der **»UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«** eingesetzt, die sowohl von Deutschland als auch der EU im Jahr 2007 ratifiziert wurde und daher geltendes Recht ist. Diese UNESCO-Konvention zielt insbesondere darauf ab, die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen zu schützen und zu fördern. Durch die Unterzeichnung haben sich die Staaten und damit auch die EU verpflichtet, die in diesem Zusammenhang erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt, zur Förderung und dem Ausbau des Kultur- und Mediensektors zu ergreifen.

[...]

Die Vertragsparteien haben mit ihrer Unterzeichnung anerkannt, ihre Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu erfüllen und das Übereinkommen anderen Verträgen nicht unterzuordnen.

**Der Deutsche Kulturrat geht daher davon aus, dass sowohl Deutschland als auch die EU ihre Selbstverpflichtungen aus der »UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen«, die ausdrücklich auch neue, also digitale Verbreitungsformen, umfasst, bei der Erarbeitung des Verhandlungsmandats und den Folgeverhandlungen erfüllen, auch wenn die USA die UNESCO-Konvention nicht ratifiziert haben.**

**Das bestehende hohe Schutzniveau für den Kultur- und Medienbereich der EU darf nicht zu Gunsten der USA verringert werden. Deshalb ist es unabdingbar, bereits jetzt im Verhandlungsmandat zu fixieren, dass der Kultur- und Mediensektor ausgenommen werden.**

[...]

Der Deutsche Kulturrat ist aber der Überzeugung, dass Kultur und Medien einen so hohen Stellenwert für die Gesellschaft haben, dass ihr Schutz und ihre Förderung Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen, zumal Kultur und Medien selbst wichtige Motoren für wirtschaftliches Wachstum sind.

[...]

Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Kultur und Medienproduktion sind gezielte Fördermaßnahmen wie beispielweise die Filmförderung, die Buchpreisbindung oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter. Sie dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. [...]

## **Erhalt und Weiterentwicklung von Förderinstrumenten**

Die bestehenden Förderinstrumente auf europäischer und nationaler Ebene für den Kultur- und Mediensektor dürfen durch das Freihandelsabkommen nicht angetastet werden. Das gilt für die Förderinstrumente im erwerbswirtschaftlichen wie im nicht-gewinnorientierten Sektor.

[...]

Die Ausnahme darf sich nicht allein auf die bestehenden Förderinstrumente beziehen, sondern muss neue, noch entstehende Förderinstrumente erlauben, um zukunftsfähig zu sein. Zu den Förderinstrumenten zählen sowohl direkte Unterstützungsmaßnahmen wie beispielsweise die Filmförderung als auch indirekte Fördermaßnahmen wie die Buchpreisbindung oder der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter. Sowohl direkte als auch indirekte Fördermaßnahmen müssen weiterentwickelt werden können, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Kultur- und Medienproduktion zu gewährleisten.

### **Sicherung von digitalen Zukunftschancen**

Ausnahmeregelungen für den Kultur- und Mediensektor dürfen nicht auf bestehende audiovisuelle Dienste und deren Verbreitung eingeengt werden. Die digitale Wirtschaft entwickelt sich

in einem enormen Tempo und benötigt attraktive Inhalte, die vom Kultur- und Mediensektor geschaffen werden. Für die Entwicklungsfähigkeit des europäischen Kultur- und Mediensektors ist es von herausragender Bedeutung, dass weiterhin in der EU gemeinschaftliche und mitgliedstaatliche Regulierungsmechanismen zum Schutz und zur Förderung europäischer Inhalte und ihrer Verbreitung möglich sind.

### **Erhalt und Ausbau eines hohen Schutzniveaus für Urheber- und Leistungsschutzrechte**

Das europäische Urheberrecht und das US-amerikanische Copyright-System unterscheiden sich grundlegend. Die Grundprinzipien des europäischen Urheberrechts, die den Urheber und seine Persönlichkeit sowie seine ökonomischen Rechte in den Mittelpunkt stellen, sind nicht verhandelbar.



# Comments Concerning the Proposed Trans-Atlantic Free Trade Agreement

May 10, 2013

[...]

Public Citizen believes that advancement of consumer well-being must be the primary goal of any U.S.-EU pact.<sup>4</sup> We are skeptical that a deal built on regulatory convergence will serve consumer interests. But if this approach is taken, such convergence must result in a regulatory floor that bolsters consumer interests, not a regulatory ceiling that constrains them. If uniform standards are adopted, they must reflect a high degree of consumer protection while also preserving governments' prerogative to establish facially non-discriminatory protections that are stronger than the established minimum standards. A deal that dismantles existing EU or U.S. consumer protections, or that constrains governments' ability to enact stronger protections, would be unacceptable.

[...]

consumers – should be able to set those (“regulatory standards”) standards through the democratic process, even when doing so results in divergent standards that businesses may find inconvenient. It is not apparent that any efficiency gains resulting from regulatory convergence would a) significantly accrue to consumers rather than simply increasing the profit margins of business interests, b) outweigh consumers' loss of ability to set and modify, through democratic processes, the regulations that affect them, or c) justify the considerable expenditure of limited government staff and resources to engage in multi-year negotiations between Parties with already low tariffs.

[...]

If TAFTA proceeds with the approach of trying to establish uniform standards, then the established standard should be set as a regulatory floor, not a ceiling. Using a floor rather than a ceiling safeguards the ability of a country to maintain or establish stronger standards when consumers demand such. This approach also provides nations the needed policy space to create new regulations in response to emerging policy challenges and crises. Given that trade agreement rules are not easily altered and that negotiators

do not have the ability to see into the future, such flexibility is essential. If uniform standards are actually found to provide efficiency gains to consumers that outweigh the above concerns of autonomy loss and resource expenditure, then a common regulatory floor set at the highest standard of any involved country would still provide efficiency gains without sacrificing consumer protections. Providing a quantum of such gains while still maintaining consumers' rights to higher standards is a balanced approach. The United States and EU should exclude from the pact any sector or regulatory area where they cannot agree on this floor-not-ceiling framework. In addition, some areas should clearly be excluded at the outset.

Any standard-setting terms in TAFTA must strengthen consumer protections in critical policy arenas, including the following:

- **Food Safety:** Any rules on chemical residues, veterinary drugs, additives, contaminants, slaughter and processing, inspection, or labeling must be limited to requiring that policies be non-discriminatory. An agreement must clarify that application of the same standard to domestic and foreign goods meets such a non-discrimination test. Each nation must be allowed to set non-discriminatory standards based on consumer demands and priorities alone. This includes labels providing consumers with pertinent information, such as a product's country of origin, inclusion of genetically-modified organisms, slaughter standards and more. That is, consumers must be able to express their demands with respect to the appropriate level of protection and provision of information as long as domestic and foreign goods fall under the same standard.
- **Financial Stability:** Any harmonized standards must set a floor of strong financial regulation, based on the most robust U.S. and EU reregulation efforts, to reflect the lessons of the deregulation-fueled financial crisis of 2007-2009. Countries that wish to go beyond this standard to safeguard financial stability

must have the policy space to do so, particularly as new financial products and challenges emerge. Critically, the agreement must clarify that a non-discriminatory regulatory ban of a product or service is not a violation of Market Access terms, nor are facially neutral policies that limit firms' size or the legal forms through which a particular product or service may be offered. The pact should also explicitly safeguard the ability of countries to enact controls on capital inflows or outflows – policy tools now officially endorsed by the International Monetary Fund as legitimate for preventing or mitigating financial crises.<sup>8</sup> In addition, the negotiations must establish a broad exception for prudential measures that improves on the prudential exception in Article 2 of the World Trade Organization's (WTO) General Agreement on Trade in Services (GATS) Financial Services Annex, which contains language that some have interpreted as eviscerating the defense's practical application.

- **Climate Security:** Any agreement must provide policy space for signatory countries to respond to the emerging climate crisis, affecting all involved nations, with stronger policies to control greenhouse gas emissions. The setting of agreement terms for energy, transportation and other relevant sectors should conform to this goal. Nations must be permitted to go above and beyond any agreed-upon standard to more thoroughly mitigate climate change via policies such as feed-in tariffs, emissions-based taxation and performance standards. Any agreement must clarify that countries may distinguish between forms of energy generation in developing regulatory approaches. Any chapter on technical standards, services, subsidies or investment must explicitly provide policy space to enable or encourage climate-friendly adaptations (e.g. greater energy efficiency, stronger abatement requirements).
- **Internet Freedom and Access to Affordable Medicines:** Overreaching patent and copyright provisions in past "trade" agreements and copyright enforcement proposals such as the Stop Online Privacy Act (rejected by the U.S. Congress) and the Anti-Counterfeiting Trade Agreement (rejected by the European Parliament) have threatened consumers' access to an open Internet and affordable medicines. The United States and EU already provide robust patent and copyright protections

without the addition of such sweeping terms. Consumers, meanwhile, must maintain their ability to use the Internet freely without censorship or fear of reprisal, and must not be subjected to increased healthcare costs for the sake of pharmaceutical corporations' narrow business interests. To ensure the protection of these consumer rights, this prospective agreement must exclude intellectual property provisions, including those relating to patents, copyright, trademarks and data protection. If any such intellectual property rights provisions are included despite the threat to consumers' interests, broad exceptions and limitations on intellectual property rights must be included to safeguard consumers' access to affordable medicines and an open Internet. In this scenario, governments must have the policy space to name exceptions or limitations that are stronger than the established minimum to further safeguard their consumers' interests.

**Any agreement must not include the extreme investor-state dispute resolution (ISDR) mechanism, nor the open-ended substantive investor privileges included in past U.S. FTAs and U.S. and EU Bilateral Investment Treaties (BITs).** ISDR allows foreign investors to directly challenge sovereign governments over contested public interest policies in tribunals that operate completely outside any domestic legal system. The ostensible premise for such an extreme procedure is that some domestic legal systems are too corrupt, incompetent or ill-equipped to hear foreign investors' claims. Neither the United States nor any EU member state is likely to assert that this description befits the legal system of any nation involved in this agreement. Given the advanced domestic legal systems that exist, the anomalous extrajudicial enforcement provided by ISDR is absolutely unacceptable for TAFTA. Its untenable inclusion would empower foreign firms to attack domestic policies that have been deemed legal under domestic court systems, while empowering tribunals comprised of three private attorneys, who rotate between serving as "judges" and litigating against governments, to order government compensation for the enforcement of those policies.

Were substantive investment rules akin to those found in U.S. FTAs or U.S. and EU BITs to be included in TAFTA, it would establish greater substantive "rights" for foreign investors than those provided to domestic firms by the robust property rights protections of existing U.S. and EU law. Such broad "rights," coupled with the extreme

discretion enjoyed by investor-state tribunals, would significantly hamper each government's ability to regulate on behalf of its consumers. Existing FTAs and BITs grant foreign investors sweeping privileges, such as a "minimum standard of treatment" that inventive tribunals have interpreted as investors' right to obtain compensation for any government action or policy that contravenes the investors' expectations. On the basis of such terms, a growing number of costly ISDR cases have been launched against nondiscriminatory consumer and environmental policies, consuming government resources and imposing an unacceptable ceiling on governments' ability to enact policies to achieve the critical public interest goals stated above.

**Given that TAFTA could implicate a wide swath of domestic non-trade policies (e.g. environmental, financial, energy, patent, copyright, procurement, health and product safety policies), the respective legislatures must establish binding goals for the negotiations before talks begin.** The process of establishing goals, in addition to the negotiations themselves, must be open and transparent. After the legislatures

set binding objectives for the talks, negotiators must consult throughout the negotiation process with diverse legislative committees, including all those with jurisdiction over any implicated non-trade policies, to ensure those objectives are being fulfilled. Any resulting agreement should not be signed unless and until the U.S. and EU legislatures approve the proposed text through a vote that affirms it has met the established objectives.

The process for establishing any agreement that could impact a broad array of public interest policies must also be open to the public. Negotiating texts and country submissions for TAFTA must be made publicly available. Stakeholder groups, including those not granted preferential access to official trade advisory committees, must be able to review the proposed text if they are to give meaningful input on the critical policy decisions at issue. Consultations with diverse stakeholders should occur early on and throughout the process. The disproportionate consultation with business and industry groups in prior agreements has resulted in a narrow array of input and a deprivatization of consumers' interests, which should stand at the heart of any resulting deal.

## Resolution on the approach to food and nutrition related issues in the Transatlantic Trade and Investment Partnership

October 2013

[...]

### Cross-cutting issues:

#### (i) Preserving the precautionary principle

The precautionary principle goes to the heart of many recent EU-U.S. trade disputes on food issues. Regularly, food issues have arisen where there is a potential risk to health, but there remains scientific uncertainty. In these circumstances, it is appropriate to apply government policies that “err on the side of caution” and protect consumer health – as the Bovine Spongiform Encephalopathy (BSE) crisis most clearly illustrated.

[...]

It is essential that the negotiations do not in any way undermine the precautionary principle and ideally lead to a greater understanding of how the principle should be applied in practice to ensure effective consumer protection.

#### (ii) Respecting consumer choice

EU legislation generally recognises that although food regulation should be based on scientific assessment, food has a broader social, ethical and economic dimension that also needs to be taken into account. This often arises in the case of food technologies, such as animal cloning, where regardless of the scientific risk assessment, ethical issues will be raised for some consumers, including concerns about animal welfare, and people will want to be able to make informed choices. People may also want to make decisions based on other ‘non-scientific’ factors such as the origin of a product for example.

The EU General Food Law Regulation therefore specifies that risk management has to take into account the results of a risk assessment, and in particular, the opinions of the European Food Safety Authority (EFSA), but also “other factors legitimate to the matter under consideration” and the precautionary principle. These “other legitimate factors” are not explicitly acknowledged within U.S. legislation in the same way, although they are recognised within Codex standards. It is therefore essential that the negotiations recognise that these “other factors” are legitimate.

### Rapid alert systems and risk communication:

[...]

Previously, TACD has called for a global system for food alerts to be developed by the U.S. and EU governments. TACD believes that opening borders and taking away trade barriers may lead to greater spread and impact of contaminated foods. Therefore the development of one system that covers both regions is essential. Risk communication plans extending all the way to the consumer should be part of this transatlantic rapid alert system.

The development of the TTIP offers an excellent opportunity to invest in this alert system, with the objective to improve consumer protection and to minimize negative effects on trade once an outbreak has occurred. [...]

### Improving traceability

[...]

Effective traceability systems are essential in order to ensure that the source of any contamination can be quickly identified and that potentially affected products can be withdrawn. Different approaches to traceability and traceback exist within the EU and U.S. and there is the opportunity to share experience and best practice to ensure that there are more robust systems in place. [...]

Traceability of food ingredients and their derivatives is essential in order to ensure safety, quality and informed consumer choice. There is an opportunity for the EU and U.S. to work together to better understand the complex global food supply chains and networks and develop robust, compatible, interoperable approaches to ensuring traceability and food authenticity, including animal identification systems.

### Antimicrobial resistance and food

[...]

Harmonization of permissible uses of antibiotics that maximize the health of consumers would be a positive outcome of these negotiations. A trade agreement that harmonizes the use of antibiotics



in animal agriculture in order to protect these antibiotics for human medicine would also provide a level playing field for producers.

[...]

TACD urges the EU and U.S. to agree to a ban on the non-therapeutic use of antimicrobials in animal and food production (including use as growth promoters), and a ban on the prophylactic and metaphylactic (disease prevention) use of antimicrobials - except where disease has been identified in an animal or within a group of animals and such use is narrowly prescribed. All antimicrobial usage in animals should be subject to veterinary prescription, monitored regularly, and veterinarians should have no financial interest in the drugs that they prescribe. TACD urges the restriction or elimination of the use of antimicrobials identified as critically important in human medicine in food-producing animals, especially the use of fluoroquinolones, and third- and fourth-generation cephalosporins. Finally, the TTIP should encourage the concept of health management that minimizes the use of antimicrobials, including the use of inoculation or vaccination where appropriate. [...]

### **Performance Standards**

[...]

TTIP negotiations should not be used as a way to weaken or modify performance standards set by the U.S. and EU governments. Regulatory agencies in both the U.S. and EU should be permitted to continue to set performance standards as necessary to manage and reduce pathogenic contamination in the food supply.

### **Food Products from Cloned Animals**

Cloning is a relatively new technology and its impacts are still not well understood. According to a number of scientific studies the vast majority of cloning attempts fail. Even “successful” clones can have severe health problems, such as metabolic or cardiopulmonary abnormalities, that can result in death or the need for euthanasia. There are concerns that food safety and animal health could be impacted if cloned animals or animal products derived from them are used for food.

[...]

TACD considers it is premature to permit the use of cloning and the offspring of clones for food production while there are unresolved issues around food safety, animal health and welfare. Further, there must be clear advice on how effective consumer choice can be maintained.

The TTIP negotiations should, even in the case that in the future scientists may reach consensus on the safety of foods derived from clones and their offspring, take other legitimate factors and consumers concerns seriously, for example ethical considerations such as animal welfare and religion. We also support the right of EU Member States and trading partners to prevent food products derived from cloned animals or their offspring to enter their market. [...]

### **Country of Origin Labeling**

Country of origin labeling can provide consumers with additional information to make informed choices about the food they wish to purchase and consume. Many consumers may wish to purchase food from producers in their own country or may wish to purchase food products from another country known for producing a particular food. Reasons for this vary from environmental and ethical principles to food quality and food standard choices. Country of origin information also helps food traceability. Without labeling that identifies where that food has been produced, consumers are unable to make informed choices at the point of purchase.

[...]

TACD supports a mandatory country of origin labeling program to assure that consumers are provided with clear and meaningful information about the origin of the food they purchase and consume.

The TTIP offers an opportunity to harmonize the current regulations and expand the current provisions to other commodities and food stuffs. This will both be to the benefit of consumers, as well as creating a level playing field for industry. It is not acceptable if the TTIP negotiations lead to a downgrading of peoples’ right to know the country of origin of the products they consume.

### **Tackling obesity and diet-related disease**

The EU and U.S. both face the enormous challenge of obesity and are making little progress in reversing rates in adults or children. TACD has long called for a more pro-active approach from the EU and U.S. to help consumers to make healthier choices. This includes initiatives to improve consumer information, such as the provision of calorie information when eating out (required by law in the U.S.) and the provision of simplified front of pack nutrition labelling, such as traffic light colour coding (more advanced in some member states in the EU). TACD has also called for more action to increase consumers’

access to healthier products and to ensure that they are promoted in a way that is responsible. The WHO has set out a range of actions to be implemented within its Non-Communicable Diseases action plan which includes initiatives to reformulate food products, lowering salt levels, saturated fat and sugar levels and removing trans fats. The WHO has also developed a set of recommendations on marketing of foods and non-alcoholic beverages to children. Some voluntary initiatives have been instigated in both the U.S. and EU, but marketing of foods high in fat, sugar and salt to children still remains a problem. [...]

TACD considers that a more ambitious and co-ordinated approach is needed to tackle the tide of obesity and poor diet. The TTIP negotiations provide an opportunity to share evidence on the impact of public policy approaches and action taken by food companies. There is also the potential for regulatory co-operation on issues such as food advertising and promotion, including addressing cross-border issues, such as those raised by digital media.

### **Genetically modified (GM) foods** [...]

TACD strongly supports independent pre-market assessment and approval of GM foods, which recognises that a scientific risk assessment – as well as wider social and ethical concerns – needs to be taken into account. We also strongly support the labelling of GM foods to enable consumers to make informed choices about the use of GM technology. Consumers have shown a strong preference for the ability to avoid GM fed meat and dairy. In the EU this has been facilitated by GM free labels and non GM-fed meat and dairy ranges. These ranges and labels, based on full traceability, should be protected in the TTIP negotiations. [...]

It is essential that the TTIP negotiations do not undermine the EU regulatory framework for GM foods which has been developed in response to consumer demands for assurances that there are effective systems in place to assess the health and environmental risks of GM foods, as well as reflecting wider social and ethical concerns that new technologies may raise. The negotiations should be an opportunity to enhance the approval process on both sides of the Atlantic and ensure that there are effective traceability systems in place for GM plants and potentially for animals to

enable consumers to make informed choices. The TTIP provides a particular opportunity for the U.S. to upgrade its incomplete framework for safety assessments to one that incorporates mandatory pre-market FDA approval. The TTIP should also not undermine the rights of local jurisdictions to make decisions based on environmental, economic and social considerations, about whether to permit growing of GM crops.

### **Chemical carcass treatments**

Chemical carcass treatments are widely used in the U.S. in order to reduce the contamination of meat with food poisoning bacteria at multiple points during the slaughtering process. This can include milder acids such as lactic acid, but also chlorine-based treatments. The EU has largely banned these treatments in preference of a greater focus on controls to minimise contamination at each stage of the production process – the so-called farm to fork approach. This has therefore meant that U.S. meat products that have been treated in this way cannot enter the EU market. The ability for Member States to allow the use of lactic acid on red meat carcasses was, however, recently permitted<sup>3</sup>. As well as the potential to undermine safety controls (by allowing “cleaning up” at the end of the process), TACD is concerned that these treatments also raise issues of consumer choice.

[...] It is essential that the TTIP negotiations are used to promote best practice from ‘farm to fork’ rather than over-reliance on the use of chemical carcass treatments. The EU’s ability to reject this approach in favour of tighter controls at each stage of the supply chain must be upheld.

### **Growth promoters/hormones** [...]

TACD strongly believes that countries should be able to prohibit the use of veterinary drugs for non-therapeutic purposes, such as growth promotion and feed efficiency, and also prohibit the import and sale of foods from animals that have been given such drugs. [...]

It is essential that the TTIP negotiations do not undermine the EU regulatory framework, which does not permit the use of veterinary drugs for growth promotion/feed efficiency purposes which has been developed in response to consumer concerns over animal welfare and human health implications of the use of such drugs.





